

# Doppelhaushalt 2021/2022

Einbringung in den Gemeinderat



## Haushaltsreden

07. Dezember 2020

**Martin W. W. Horn**  
Oberbürgermeister

**Stefan Breiter**  
Finanzbürgermeister



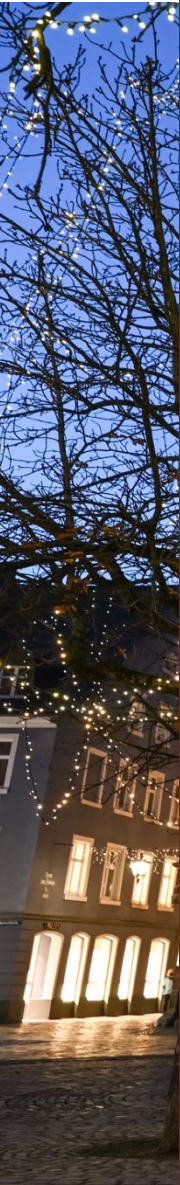
**Martin W. W. Horn**



Oberbürgermeister

## Haushaltsrede

07. Dezember 2020



**Freiburg**   
IM BREISGAU

# Agenda

1. Einleitung
2. Herausforderungen im Blick behalten
  - a) Die wirtschaftliche Entwicklung in Freiburg
  - b) Doppelhaushalt 2021/2022
3. Konzentration auf das Wesentliche
  - a) Wohnen
  - b) Schule und Kitas
  - c) Digitalisierung
  - d) Klima- und Artenschutz sowie nachhaltige Mobilität
4. Schluss

## 1. Einleitung

Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Bürgermeisterkollegin und Bürgermeisterkollegen,  
liebe Stadträtinnen und Stadträte,  
liebe Freiburgerinnen und Freiburger,

bereits Ende letzten Jahres haben wir uns zu unserer ersten Haushaltsklausur in der Messe getroffen. 2019 schien die Welt noch einigermaßen in Ordnung – auch wenn uns schon damals klar war, dass Deutschland unmittelbar vor einer größeren wirtschaftlichen Herausforderung mit weniger Steuereinnahmen steht. Wir wollten daher vorausschauend in einem gemeinsamen Diskussionsprozess politische und finanzielle Prioritäten setzen.

Seit Februar dieses Jahres ist unsere Welt jedoch nicht mehr dieselbe. Wir sind jetzt seit zehn Monaten mitten in einer Pandemie, die in ihrem Ausmaß so niemand vorausgesehen hat. Das Jahr 2020 wurde zu einem historischen Krisenjahr mit einer Welt im dauerhaften Ausnahmezustand. Unser Alltag, unsere Wirtschaft und unsere Städte haben sich durch die corona-bedingten Reglementierungen massiv verändert. Niemals in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland gab es derart umfassende Eingriffe in unser aller Leben. Und nach wie vor lässt uns das Virus nicht in unser gewohntes Leben zurück.

**Noch nie** musste die Verwaltung einen Doppelhaushalt unter solch außergewöhnlich schwierigen und unvorhersehbaren Umständen aufstellen. Seit Ende Februar arbeitet die Verwaltung in einem verschärften Krisenmodus. Vieles ist für uns Neuland – nach wie vor. Denn eine Krise dieser Art kannten wir bislang nicht. Gleichzeitig haben wir aber auch viel gelernt und haben, denke ich, vieles richtig gemacht.

An dieser Stelle möchte ich die Gelegenheit nutzen, um mich ausdrücklich bei unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zu bedanken. Wenn diese Krise **eines** gezeigt hat, dann, dass sich die Bürgerschaft auf ihre Verwaltung verlassen kann. Unbürokratisch, flexibel, situationsangepasst und verlässlich war das Handeln in der Krise und viele der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben Herausragendes geleistet. Dafür sage ich, sagen wir, danke!



Uns allen ist klar: Die Krise hat massive Folgen für unseren Haushalt. Eine konsequente und mitunter auch sehr schmerzhaft Priorisierung in der Finanzplanung ist noch notwendiger geworden, als sie es schon auf unserer ersten Klausur im letzten Jahr war. Und wir müssen bei der Aufstellung des Zahlenwerks mit einer deutlichen Unsicherheit und negativen Dynamik zurechtkommen. Gleichzeitig haben uns die Rettungspakete von Land und Bund aber auch massiv geholfen. Bis kurz vor Schluss der Drucklegung des Haushaltsentwurfs haben sich fortlaufend Zahlen verändert, auf die wir reagieren mussten. Und ich befürchte, dass das noch eine ganze Weile so bleiben wird. Deshalb kann dieser Entwurf auch lediglich eine Momentaufnahme sein. Bis zur Verabschiedung Ende April kann und wird noch viel passieren. Die grundsätzliche Richtung dieses Haushalts aber haben wir mit diesem Entwurf definiert: priorisieren, optimieren, sparen. Ich denke, wir haben damit einen verantwortungsvollen und abgewogenen Kurs eingeschlagen.

Meine Damen und Herren,

vieles von dem, was wir uns vorgenommen hatten, geht nun nicht mehr so, wie wir es vorhatten. Die Ausgaben sind gestiegen, die Einnahmen gesunken. Das ist ein strukturelles Missverhältnis, dem wir uns stellen müssen. Vom übergeordneten Ziel, das ich vor zwei Jahren formulierte habe, in vier Schritten möglichst keine Schulden mehr zu machen – davon mussten wir uns notgedrungen verabschieden. Wie Bund und Land müssen wir deutlich höhere Schulden aufnehmen, für wichtige und notwendige Investitionen, mit denen wir Freiburg zukunftsfähig weiterentwickeln werden. Mit der Entscheidung zur Schuldenaufnahme setzen wir auch wirtschaftliche Impulse, die es in dieser Krise braucht. Um einen genehmigungsfähigen Haushalt vorzulegen, mussten wir aber zugleich tiefgreifende Einschnitte vornehmen. Wir müssen Prioritäten setzen, um den gemeinsam eingeschlagenen Weg fortzusetzen. Wir resignieren nicht und verharren angesichts der Krise auch nicht im Status Quo, sondern wir werden Freiburg weiterhin gemeinsam aktiv gestalten.

Ich werde Ihnen in den weiteren Ausführungen darlegen, dass wir es trotz einer extrem angespannten Haushaltssituation geschafft haben, in die Kernbereiche unserer Zukunftsthemen nachhaltig zu investieren. Bevor ich dazu komme, gebe ich Ihnen zunächst einen Überblick über unsere wirtschaftliche Situation in Freiburg und werde Ihnen die Eckdaten des Haushaltsentwurfs 2021/2022 vorstellen. Mein Kollege, Finanzbürgermeister Breiter, wird dann im Anschluss stärker ins Detail gehen.

## 2. Herausforderungen im Blick behalten

### a) Die wirtschaftliche Entwicklung in Freiburg

Sehr geehrte Damen und Herren,  
die Covid-19-Pandemie hat zum schwersten Wirtschaftseinbruch seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland geführt. Mit der Covid-19-Pandemie haben die Jahre des wirtschaftlichen Aufschwungs auch in Freiburg ein abruptes Ende gefunden. So rechnen 65 Prozent der Unternehmen im IHK-Kammerbezirk dieses Jahr mit spürbaren Umsatzverlusten. Besonders dramatisch ist die Lage im Hotel- und Gaststättengewerbe und in der Veranstaltungsbranche, insbesondere bei den Schaustellern. Aber auch der Handel, im Besonderen der Einzelhandel und die Dienstleistungsbranche, müssen herbe Verluste hinnehmen. Die Auswirkungen für unsere Innenstadt werden wir erst in den nächsten Monaten und Jahren absehen können. Daher mein Aufruf: Kaufen Sie bitte lokal vor Ort ein!

Wie Sie alle wissen, haben Bund und Länder schnell reagiert. Sie haben mit einem noch nie dagewesenen **Paket wirtschaftspolitischer Maßnahmen** entschieden zur Rettung von Unternehmen und Arbeitsplätzen beigetragen. Die milliardenschweren Hilfsprogramme von Bund und Ländern waren ebenso richtig wie wichtig. Das bezieht sich insbesondere auf die **anteilige Übernahme von Gewerbesteuerverlusten sowie auf Erhöhung der Kosten der Unterkunft** durch den Bund. Aber auch auf die Übernahme der Ausfälle von Elternbeiträgen im Bereich der Kitas und Kindergärten durch das Land. Für diese wichtige Unterstützung sind wir sehr dankbar.

Auch wenn unser **kommunaler Spielraum** begrenzt ist, war es uns als Stadt wichtig, Unternehmen durch Stundungen der Gewerbe- und Übernachtungssteuer in Höhe von rund 4,4 Mio. EUR bis zum Jahresende zu unterstützen. Diese Unterstützung möchten wir – in Absprache mit der Dehoga – auch über den Jahreswechsel hinaus bis vorläufig Ende März 2021 verlängern.

Zusätzlich hat der Freiburger Gemeinderat als Sofortmaßnahme mehr als 100 temporäre Flächen für die Außengastronomie sowie eine Sonderzahlung für den Tourismus an die FWTM in Höhe von 200.000 EUR genehmigt. Beides erzielte bis Ende Oktober die gewünschte Wirkung. Und auch im Kulturbereich haben wir mit städti-

schen Mitteln von rund 635.000 EUR Kulturschaffenden und kulturellen Einrichtungen aktiv unter die Arme gegriffen.

Sehr verehrte Zuhörerinnen und Zuhörer,  
wir können uns glücklich schätzen, dass wir im Vergleich zu anderen Städten breit aufgestellt sind: Freiburg ist zugleich bedeutender **Wirtschafts-, Wissenschafts- und Tourismusstandort**. **Unser Standort** verfügt nicht nur über eine einzige strukturprägende Branche. Was über Jahrzehnte als Nachteil empfunden wurde, ist heute ein **ausgesprochener Standortvorteil**.

Denn noch eines hat die Krise gezeigt: Wenn einzelne Branchen schwächeln, bricht nicht die Freiburger Gewerbesteuer komplett ein und damit die wichtigste Einnahmenquelle in unserem Haushalt.

Liebe Stadträtinnen und Stadträte,  
Innovation und Wettbewerbsfähigkeit benötigen Flächenpotenziale. Ich freue mich daher, dass es uns in enger Kooperation mit der Freiburger Wirtschaftsimmobilien GmbH (FWI) gelungen ist, 16 Hektar Gewerbeflächen von der Firma Cerdia zu erwerben. Und doch reichen diese Flächen bei weitem nicht aus.

Umso wichtiger ist daher die Neuaufstellung **des Flächennutzungsplans 2040**. Nach fünf öffentlichen Auftaktveranstaltungen im Konzerthaus **endet heute** die Onlinebürgerbeteiligung. Ab Januar 2021 werden wir dann mit Ihnen, liebe Stadträtinnen und Stadträte, gemeinsam Ideen austauschen und diskutieren.

Warum betone ich dies in einer Haushaltsrede? Weil wir heute die Weichen für die zukünftige Entwicklung des Wirtschaftsstandortes Freiburg stellen und uns gerade im Bereich Gewerbeflächen strategisch aufstellen sollten. Wir werden diese Diskussion mit all ihren Zielkonflikten aktiv angehen.

## b) Der Doppelhaushalt 2021/2022

Meine Damen und Herren,

wie lassen sich Prognosen treffen, wenn ein Virus die Welt auf den Kopf stellt?

Unser Haushalt ist eine Rechnung mit vielen Unbekannten. Die drei kommunalen Spitzenverbände – Deutscher Städtetag, Deutscher Städte- und Gemeindebund und Deutscher Landkreistag – gehen in 2020 von einem Finanzierungsdefizit auf kommunaler Ebene von einer halben Milliarde Euro aus. Für die kommenden Jahre sieht es allerdings deutlich schlechter aus. Nach derzeitigen Prognosen beziffert sich die Finanzierungslücke der Kommunen bundesweit auf rund 10 Milliarden Euro.

Sehr verehrte Zuhörende,

wie bereits erwähnt werden wir in den kommenden Haushaltsjahren 2021 und 2022 deutlich **weniger Einnahmen** bei **gleichzeitig steigenden Ausgaben** im Ergebnishaushalt haben.

Und noch eine Tatsache verstärkt diese Entwicklung: Auch in den **Wirtschaftsplänen der Städtischen Gesellschaften** und **Beteiligungen** werden die Verlustausgleiche steigen und die Einnahmen aus Gewinnen sinken. All das wirkt sich gravierend auf unseren Haushalt aus.

Aufgrund dieser Ausnahme-Rahmenbedingungen haben wir in der Dezernentenrunde und im Arbeitskreis Finanzen verschiedene Szenarien für unseren Doppelhaushalt durchgespielt:

**Ein Szenario** wäre ein **knallharter Sparkurs** mit millionenschweren Einschnitten in den Bereichen Kultur, Sport und Jugend – bis hin zur Schließung von Einrichtungen, Personalkürzungen, dem Zurückfahren städtischer Dienstleistungen oder der Erhöhung städtischer Gebühren wie der Grundsteuer, der Gewerbesteuer oder den Kita-gebühren. Ganz klar ist aber: Wir haben nicht nur eine Verantwortung für unseren Geldbeutel, sondern vor allem für die Menschen und das soziale Miteinander in dieser Stadt – für Schulen, Vereine, das kulturelle Leben. Für die Verwaltungsspitze war deswegen klar, dass wir dieses Szenario möglichst verhindern möchten.



**Ein zweites Szenario** wäre es, sämtliche Mindereinnahmen und Mehrausgaben durch radikale **Kreditaufnahmen** in den kommenden Jahren zu kompensieren. In Anbetracht der Niedrigzinsphase erscheint das zunächst sehr verlockend, würde jedoch künftige Generationen massiv belasten. Dieses Szenario unterliegt – besonders aufgrund der finanzwirtschaftlichen und politischen Verantwortung – klaren Limitierungen und wäre somit nicht genehmigungsfähig.

Daher haben wir uns auf den – aus meiner Sicht – steinigsten Weg begeben. Wir haben **weder** eine **Vollbremsung** gemacht, **noch in unverantwortlicher Höhe Kredite** in Betracht gezogen. Konkret bedeutet das, dass unser heute hier vorliegender Haushalt Einsparungen in allen Bereichen vorschlägt.

Viele getroffene Entscheidungen werden nicht auf Gegenliebe stoßen. Es wird immer Argumente geben, warum Einsparungen nicht möglich sind oder gar Mehrausgaben dringend nötig wären. Aber letztendlich müssen wir uns zum Wohle der Stadt an dem orientieren, was der Haushalt de facto in der jetzigen Situation leisten kann.

Mit der Einbringung des Doppelhaushaltes schlagen wir Ihnen Folgendes vor:

Durch das **Ausschöpfen der Nettokreditermächtigungen** aus 2019 und 2020 sowie das **Vorziehen geplanter Aufwendungen** in 2020 entlasten wir den Doppelhaushalt 2021/2022 bereits im Vorfeld um rund 16 Millionen Euro.

Dazu gehören

- Auszahlungen an die Stadtwerke und die FWTM zum Ausgleich von Verlusten,
- eine finanzielle Stärkung des Zweckverbandes-Region-Freiburg ZRF
- und Investitionszuschüsse für den Neubau des Waldhauses und die Instandsetzung des Roßkopfturms.

Über diese genannten Maßnahmen werden Sie im Zuge der Einbringung des zweiten Finanzberichtes in der folgenden Gemeinderatssitzung abstimmen.

Ein weiterer Vorschlag – für den das Regierungspräsidium bereits seine Zustimmung signalisiert hat – ist die Realisierung des **Baugebietes Kleineschholz als städtebauliche Entwicklungsmaßnahme (SEM)**. Damit entlasten wir den städtischen

Haushalt und stellen gleichzeitig die Finanzierung anhand einer Sonderrechnung transparent dar.

Meine Damen und Herren,

betrachten wir nun die nüchternen Zahlen des **Ergebnishaushaltes**. Mit diesen Eckdaten werde ich Ihnen darlegen, was wir am Ende zur Verfügung haben, um es in wichtige Projekte im **Finanzhaushalt** zu investieren.

## **Der Ergebnishaushalt**

Der **Ergebnishaushalt** des Doppelhaushaltes schreibt mit Erträgen und Aufwendungen in Höhe von **rund 1 Milliarde Euro** in jedem der beiden Haushaltsjahre 2021 und 2022 die Entwicklung der Vorjahre fort, ermöglicht aber kein nennenswertes Wachstum. Auch wenn wir die Ansätze der Einnahmen aus Steuern, FAG-Zuweisungen und Zuschüssen für Projekte optimistisch prognostiziert haben, so liegen diese doch spürbar unter den Ansätzen der Vorjahre.

Gegenüber den Vorjahren wird ein deutlich geringerer **Zahlungsmittelüberschuss in Höhe von 25,1 Millionen Euro in 2021 und 5,6 Millionen Euro in 2022** erreicht. Früher lag dieser bei rund 50 Millionen Euro und mehr.

Bringen wir es auf den Punkt: Es ist leider definitiv nicht so, dass wir nur ein oder zwei schwierige Jahre vor uns haben. Auch in der **mittelfristigen Finanzplanung** muss das Credo zwingend „priorisieren, optimieren, sparen“ lauten.

Es führt kein Weg daran vorbei, dass wir die **Ausgaben deutlich senken müssen und gleichzeitig schauen müssen, wie wir zusätzliche Einnahmen bekommen**.

Zur Wahrheit gehört auch, dass uns vieles leichter fallen würde, wenn wir – wie in den vergangenen Haushalten – unser „Tafelsilber“, sprich ausgewählte **städtische Liegenschaften und Grundstücke**, verkaufen würden. Wir haben uns jedoch gemeinsam darauf verständigt, das Vermögen der Stadt nicht zu veräußern, sondern durch eine aktive Liegenschaftspolitik sogar noch zu vergrößern. Daran möchten wir

auch in diesen schwierigen Zeiten festhalten. Dies ist eine klare Priorisierung – hat aber auch Konsequenzen, zu denen wir nun stehen müssen.

Auch wenn dieser Haushalt mit vielen Abstrichen verbunden ist, so werden wir **Zuschüsse an freie Träger** – wie Kinder- und Jugendeinrichtungen, soziale Maßnahmen, Ehrenamt, Vereine, soziale Projekte und Initiativen aus den Bereichen Kunst, Kultur, Bildung und Sport – in diesem Haushalt **nicht kürzen**. Das ist keine Selbstverständlichkeit, wie auch der Blick auf andere Kommunen verrät. Mit 305 Millionen Euro in beiden Haushaltsjahren stellen diese Ausgaben eine der größten Positionen dar. Das ist ein klares Zeichen – politisch wie finanziell.

## **Personalbewirtschaftung**

Liebe Mitglieder des Gemeinderates,

liebe Mitarbeitende,

Freiburg wird mit der Ansiedlung neuer Institutionen und Firmen sowie den neuen Baugebieten Dietenbach und Kleineschholz in den nächsten Jahrzehnten weiter wachsen.

Auf die Stadtverwaltung und ihre Mitarbeitenden werden – neben dem Ausbau bestehender Aufgaben – zahlreiche neue Aufgaben zukommen. Und das bei gleichzeitig gestiegener Erwartungshaltung an Politik und Verwaltung in Bezug auf Bürgerservice, Teilhabe an Prozessen, Geschwindigkeit in den Abläufen und Transparenz in den Entscheidungen.

Gemessen an diesen Prämissen fällt die Anzahl der beantragten **Personalstellen** überaus gering aus. Seit 2012 ist es der niedrigste Wert an **Personalzuwachsen**. Die erschwerten finanziellen Rahmenbedingungen lassen uns keine andere Wahl. Die beantragten 129 Planstellen, 19 Zeitverträge und 5 Planstellen der Personalreserve decken nur den allernötigsten zusätzlichen Stellenbedarf in den Bereichen Jugend und Soziales, Bildung, Betreuung und Kindeswohl, Bau, Digitalisierung sowie Umwelt und Klima ab. Damit steigen die **Personalaufwendungen** insgesamt auf 255 Millionen Euro in 2021 und 260 Millionen Euro in 2022. Im Vergleich dazu lagen die Personalkosten in 2020 bei geplanten 247,5 Millionen Euro.

Diese lediglich moderate Steigerung passt keineswegs zu den gestiegenen Anforderungen an unsere Verwaltung. Dennoch ist die restriktive Personalplanung leider erforderlich und markiert eine **notgedrungene Kursänderung**. Zum Vergleich: Seit 2016 stiegen die Personalaufwendungen um 60 Millionen Euro! Ein deutlicher Anstieg, den wir uns in den kommenden Jahren definitiv nicht mehr leisten können. Damit ist aber auch klar, dass wir Aufgabenzuwächse nicht mehr wie bisher auffangen können.

Um den Ergebnishaushalt nicht noch weiter zu belasten, sind in diese Haushaltsansätze die Steigerungen der Kosten aus den kürzlich verabschiedeten **Tarifsteigerungen** im öffentlichen Dienst und die zu erwartenden Steigerungen der Beamtensoldungen nicht mit eingerechnet.

Klar ist, dass die Mitarbeitenden nicht auf Lohnerhöhungen verzichten müssen. Diese Tarifierhöhungen sind verdient und richtig. Leider lässt uns der Haushalt jedoch nicht den finanziellen Spielraum, diese Steigerungen im Ergebnishaushalt abzubilden.

Die Tarif- und Besoldungserhöhungen sowie der globale Minderaufwand in Höhe von 4 Millionen Euro pro Haushaltsjahr sind daher aus dem Gesamtpersonalbudget sowie den Budgets der Dienststellen zu erwirtschaften. Insgesamt belaufen sich die im Personalkostenbudget zu erwirtschaftenden Einsparungen auf 16,5 Millionen Euro.

Wie Sie sich alle vorstellen können, ist uns, neben vielen weiteren schwierigen Entscheidungen, insbesondere diese Sparauflage keineswegs leicht gefallen. Ich weiß, dass diese unseren Ämtern viel abverlangt. Daher war es uns wichtig, die Ämter im Vorfeld dieser Haushaltseinbringung über die harten Einschnitte zu informieren.

Meine Damen, meine Herren,  
das, was wir hinsichtlich der Tarifsteigerungen für die Stadt beschlossen haben, betrifft auch unsere Eigenbetriebe, Beteiligungen sowie die Zuschussempfänger. Es betrifft aber auch Ihre Fraktionen, liebe Stadträtinnen und Stadträte.

Als Verwaltungsspitze waren wir uns einig, wenn wir bei uns in der Verwaltung die Sachausgaben der Ämter kürzen und Tarifsteigerungen im Budget der Ämter erwirtschaftet werden müssen, können wir im Zuge einer Gleichbehandlung auch keine Erhöhung der Zuschüsse an anderer Stelle vornehmen. Eine Erhöhung der Zuschüsse um die Tarifsteigerungen würde eine zusätzliche Belastung von rund 19 Millionen Euro im Ergebnishaushalt bedeuten. Geld, das wir aktuell einfach nicht haben!

Es ist der Versuch, mit dieser schmerzlichen Entscheidung einen Stellenbesetzungsstopp im Doppelhaushalt 2021/2022 zu verhindern und zugleich keine Zuschüsse an Dritte kürzen zu müssen.

## **Der Finanzhaushalt**

Meine Damen und Herren, liebe Zuhörende,  
für **2021** planen wir ein **Investitionsvolumen von knapp unter 100 Millionen Euro** zuzüglich der Investitionen für die SEM Kleineschholz und den Eigenbetrieb Neubau Verwaltungszentrum und Staudinger Gesamtschule. Für 2022 beläuft sich das geplante Investitionsvolumen auf **rund 100 Millionen Euro**.

Mit diesen Summen liegen wir auf einem ähnlichen Niveau wie im vorherigen Doppelhaushalt!

Möglich werden diese Investitionen lediglich durch eine eingeplante **Nettokreditermächtigung in Höhe von 90 Millionen Euro** für beide Haushaltsjahre zusammen. In beiden Jahren sind zusätzlich Kassenentnahmen von insgesamt rund 33,5 Millionen Euro eingeplant. Davon kommen 20 Millionen aus einer Rückstellung der Gewerbesteuerkompensation in 2020.

Nur mit diesen beiden Finanzierungsinstrumenten können dringende Investitionen über beide Jahre mit insgesamt 230 Millionen Euro ermöglicht werden.

Ich habe es bereits betont: In dieser Krisensituation ist unsere oberste Prämisse, einen genehmigungsfähigen Haushalt vorzulegen, der keine Vollbremsung hinlegt,



sondern wichtige Zukunftsinvestitionen **in den Bereichen** Wohnen, Schule und Kitas, Digitalisierung sowie Klimaschutz und Mobilität ermöglicht.

Aber nicht nur wir haben uns von einer schwarzen Null verabschiedet. Vielen Städten geht es nicht anders. Zur Stärkung der Wirtschaft empfehlen Bund, Länder und der Deutsche Städtetag ausdrücklich eine Erhöhung der Nettokreditaufnahme, auch auf kommunaler Ebene.

### **3. Konzentration auf das Wesentliche:**

#### **Wohnen – Schule und Kitas – Digitalisierung – Klimaschutz und Mobilität**

Meine Damen und Herren,

der Haushalt 2021/2022 enthält trotz aller Herausforderungen umfangreiche Investitionen, mit denen wir Vermögenswerte schaffen. Auch in Zeiten von Lockdown, Krisenmanagement und wirtschaftlichen Einbrüchen können wir bei verschiedenen Schwerpunktthemen **klare politische Ausrufezeichen setzen**.

Wir haben **genau jetzt** in dieser Situation die Verpflichtung, uns mit aller Konzentration **den** Dingen zu widmen, die **für die Zukunftsfähigkeit unserer Stadt absolut notwendig sind**. Das erlaubt uns in städtischen Kernbereichen trotz allem einen weiteren Entwicklungsschub. Denn wie gesagt: Trotz Corona dürfen wir unsere Langfrist-Ziele nicht aus den Augen verlieren.

An dieser Stelle möchte ich mich nun dem ersten Schwerpunktthema, dem Thema Wohnen, zuwenden:

#### **a) Schwerpunkt Wohnen:**

##### **Größtes wohnungspolitisches Paket seit Jahrzehnten**

Meine Damen und Herren,

erst kürzlich sind die neuen Mietspiegel-Daten veröffentlicht worden. Ich muss wirklich zugeben, es konnte einem die Sprache verschlagen. Die Erhöhung der ortsüblichen Durchschnittsmiete um 18,7 Prozent ist ein Paukenschlag gewesen. Erst kurz

zuvor, am 10. November, haben wir das **Handlungsprogramm „Bezahlbar Wohnen 2030“** verabschiedet. Das Konzept mit über 40 verschiedenen Bausteinen ist unser kompletter wohnungspolitischer Instrumentenkasten. Denn es gibt nicht den einen singulären Lösungsansatz, es gibt einen ganzen Strauß davon.

Von der bitteren Entwicklung des Mietspiegels dürfen wir uns aber nicht entmutigen lassen. Vielmehr bestätigt diese Entwicklung uns auf unserem Weg, alle Möglichkeiten auszuschöpfen, um mehr bezahlbares Wohnen zu schaffen.

Meine Damen und Herren,

wir legen Ihnen ein **gewaltiges Paket an Maßnahmen** vor, sowohl strategisch als auch finanziell. Und es freut mich sehr, dass der Gemeinderat alle maßgeblichen Weichenstellungen mit großer Mehrheit in den vergangenen Monaten beschlossen hat. Der neue Stadtteil Dietenbach, aktive Liegenschaftspolitik, Weiterentwicklung der FSB, neue Erbbaurechtsgrundsätze... das alles sind keine kleinen Entscheidungen gewesen, sondern **Meilensteine für die Freiburger Wohnungspolitik des neuen Jahrzehnts**. Sie werden mit diesem Doppelhaushalt nun verwirklicht und spiegeln sich in verschiedenen Maßnahmen wider.

- **Aktive Liegenschaftspolitik:** Im Jahr 2021 haben wir im Sinne einer aktiven Liegenschaftspolitik für den Kauf von Grundstücksflächen 6,2 Millionen Euro und 2022 4,8 Millionen Euro vorgesehen. Dazu kommt der Ankauf der Baufläche **Kleineschholz** von der Bundesanstalt für Immobilien im Wert zwischen 15 und 21 Millionen Euro. Wir möchten das Projekt ab Juli nächsten Jahres mit der Zustimmung des Regierungspräsidiums als Städtebauliche Entwicklungsmaßnahme außerhalb des Kernhaushaltes abwickeln. Davon versprechen wir uns eine transparente, flexible und schnelle Umsetzung des hochwertigen Geländes mit 550 bis 600 neuen Wohneinheiten.

Liebe Gemeinderätinnen und Gemeinderäte,

wir haben diese Entscheidungen in Kenntnis der daraus resultierenden Folgen für den Haushalt gefällt. Vor etwas mehr als zwei Jahren haben Sie einen **Paradigmenwechsel** eingeleitet, als Sie im Sinne einer **aktiven Liegenschaftspolitik** beschlossen haben, im Grundsatz keine bestehenden Erbbaugrundstücke mehr zu verkaufen. Diese Entscheidungen waren klar mit der Hypothek verbunden, dass wir im

Haushalt auf erhebliche Einnahmeposten verzichten. Und dazu kommt die Strategie, neue Flächen zu erwerben. Wir haben also bewusst eine doppelte Mehrbelastung für unsere Haushalte und damit eine klare Prioritätensetzung vereinbart.

- **Neuer Stadtteil Dietenbach:** Für das Mammut-Projekt Dietenbach werden in den nächsten 22 Jahren durch die Entwicklungsmaßnahme rund 850 Mio. Euro investiert. Damit entstehen knapp 7.000 Wohnungen für mehr als 15.000 Freiburgerinnen und Freiburger. Die gesamte Finanzierung von Dietenbach läuft ebenfalls außerhalb des Haushalts in einer Sonderrechnung. Nach derzeitigem Stand besteht ein Finanzierungsbedarf von **jährlich 5 Millionen Euro**, die der städtische Haushalt in den Jahren 2023-2042 in die Sonderrechnung einbringen muss. Für 2021 und 2022 sind in dem Sonderkonto Dietenbach 29 bzw. 35 Millionen Euro an Ausgaben eingeplant. Über die Kosten- und Finanzierungsübersicht für die Jahre 2021/2022 der Sonderrechnung Dietenbach werden Sie morgen beraten und beschließen.
- **Stärkung der Freiburger Stadtbau:** Auch das wegweisende Konzept „**FSB 2030 – Mehr Wohnen. Faire Mieten. Für Freiburg**“ haben Sie im Mai 2020 mit großer Mehrheit beschlossen. Mit der größten Wohnbauoffensive in der Geschichte der Stadt investieren wir rund 700 Millionen Euro bis 2030 in insgesamt 2500 bezahlbare Wohnungen – ein großer Wurf für unsere Stadt und die regionale Wirtschaft. Diese bauliche, soziale und ökologische Stärkung der FSB ist eine klare Prioritätensetzung und jeden Euro wert. Neben der angekündigten **Kapitaleinlage von 5 Millionen Euro** umfasst diese Stärkung auch die Übertragung **des Grundstücks Metzgergrün im Wert von 16 Millionen Euro in 2022.**
- Meine Damen und Herren, unter städtischer Regie laufen derzeit **vier Sanierungsverfahren** zur Erneuerung und Sicherung des vorhandenen Wohnraums. Dabei werden über 750 Wohnungen saniert und mehr als 200 Wohnungen neu geschaffen. Das Sanierungsverfahren hat ein Fördervolumen von 50 Millionen Euro und wird zu 60 Prozent von Bund und Land finanziert. Die restlichen 40 Prozent, also 20 Millionen Euro, verbleiben bei der Stadt und werden über mehrere Jahre finanziert – 7 Millionen davon in den nächsten beiden Jahren.

Mit Beträgen von alles in allem einem dreistelligen Millionenbereich setzen wir damit ein eindrückliches politisches Ausrufezeichen für bezahlbares Wohnen!

## **b) Schule und Kitas**

Schulen, Kitas und Kinderbetreuung sind Felder, die in der Corona-Krise extrem an öffentlicher Aufmerksamkeit gewonnen haben. Einmal mehr wurde deutlich: Schulen und Kitas sind systemrelevant! Daher werden wir auch weiterhin aktiv in unsere Bildungslandschaft investieren.

### **Schulsanierung**

Trotz großer Anstrengungen in den vergangenen Jahren haben wir nach wie vor einen enormen **Sanierungstau bei den Schulen** von über 1 Milliarde Euro. Davon abgesehen benötigen wir als wachsende Stadt auch neue Schulen. Mit dem Neubau der **Staudinger Gesamtschule** – dem größten Neubauprojekt in der Geschichte der Stadt mit einem Volumen von 110 Millionen Euro – haben wir letztes Jahr begonnen. Die Finanzierung organisieren wir über einen Eigenbetrieb. Perspektivisch haben wir uns außerdem für zwei weitere neue Schulen, nämlich am Tuniberg und im neuen Stadtteil Dietenbach, entschieden. Allein für sich genommen ist schon jedes dieser Projekte eine Herkulesaufgabe.

Aktuell arbeiten wir an den folgenden Großbaustellen: Für die Erweiterung der **Adolf-Reichwein-Schule** in Weingarten sind im Haushalt 6 Millionen Euro vorgesehen – und für die **Anne-Frank-Schule** in Betzenhausen 14 Millionen Euro.

Die Erweiterung der **Max-Weber Schule** wird weiter verfolgt, für diese haben wir im Doppelhaushalt 1 Million Euro für beide Jahre veranschlagt. Allerdings ist diese Generalsanierung eines der Projekte, das wir aufgrund begrenzter Haushaltsmittel zeitlich strecken mussten.

Auch verschiedene **Grundschulen** müssen aufgrund der steigenden Geburtenzahlen erweitert werden. Gerade schon geschieht dies an der **Loretto Grundschule** mit fast 2 Millionen Euro. Und als nächstes folgt die **Feyel-Schule** in Ebnet mit 1,4 Millionen Euro.

Insgesamt werden wir für den **Bau**, die **Sanierung** und die **Ausstattung an den Schulen 87,6 Millionen Euro** in den beiden Haushaltsjahren 2021 und 2022 investieren. Allein die **Staudinger Gesamtschule hat einen Mittelabfluss von 35,5 Millionen Euro**.

Und dennoch sehen wir, wieviel darüber hinaus eigentlich nötig wäre. Doch schon mit diesem Arbeitsprogramm gehen wir an die Grenze unserer finanziellen und auch personellen Ressourcen.

### **Digitalisierung an Schulen**

Es war eines der Top-Themen in diesem Corona-Jahr: Home-Schooling und die digitale Ausstattung von Schulen und der Schülerschaft.

Bürgermeisterin Stuchlik sprach einmal vom „Elefanten, der im Raum steht“, denn insgesamt sind **Investitionen von rund 130 Millionen Euro** notwendig. Es ist das größte Modernisierungsvorhaben der kommenden Jahre.

Allein in diesem Doppelhaushalt nehmen wir rund **22 Millionen Euro für die Digitalisierung der Schulen** in die Hand. 12,8 Millionen Euro werden für die digitale Gebäudeinfrastruktur aufgewandt und rund 8 Millionen Euro für die technischen Komponenten, für die Netze, die Breitbandanbindung, das WLAN, den Supportaufwand und für die Medienausstattung. Dabei ist die bloße Modernisierung der digitalen Infrastruktur aber nicht genug. Gute Supportlösungen und langfristige Entwicklungsstrategien sind nicht minder wichtig.

Hierfür haben wir ein Schulträgermodell entwickelt, bei dem die Aufgaben nicht mehr von jeder einzelnen Schule, sondern zentral koordiniert und umgesetzt werden. Wir werden dafür neue Funktionseinheiten im Amt für Schule und Bildung und im DIGIT aufbauen. Die Personalaufwendungen hierfür belaufen sich auf 1,2 Millionen Euro.

Meine Damen und Herren,  
die finanziellen Aufwendungen für die Kommunen sind enorm. Daher muss bedeutend mehr von Bund und Land kommen, denn Schulen ohne WLAN kann man ein



fach niemandem mehr erklären. Wir als Stadt nehmen nun viel Geld in die Hand - und dennoch muss der Zeitplan auf 10 bis 12 Jahre gestreckt werden, um die finanzielle Gesamtbelastung leisten zu können. Der Elefant ist eben leider keine Maus 😊

## **Kitausbau und Kinderbetreuung auf hohem Niveau**

Die Stadt Freiburg investiert seit Jahren massiv in den Ausbau von Kitaplätzen – mit Erfolg: Im landesweiten Vergleich liegt Freiburg beim Kitaplatzangebot an der Spitze. Doch nach wie vor ist beim notwendigen Ausbau des Betreuungsangebotes kein Ende in Sicht. Die Nachfrage nach Kitaplätzen steigt weiter an. Die Aufwendungen für die Kinderbetreuung wachsen dementsprechend von **129 Millionen Euro in 2020 auf 136 Millionen Euro in 2021 und auf 142 Millionen Euro in 2022** an. Darin enthalten sind Mittel für Kindertageseinrichtungen, Horte, heilpädagogische Horte und die Tagespflege.

Mit einer Versorgungsquote von rund 105 Prozent kann aktuell der Rechtsanspruch für alle Kinder im Alter von drei Jahren bis zum Schuleintritt erfüllt werden. In den nächsten Jahren ist jedoch mit einer Verschlechterung der Versorgungsquote zu rechnen. Denn die Verlegung des Einschulungstichtages vom 30. September auf den 30. Juni führt dazu, dass künftig mehr Kinder einen Betreuungsplatz benötigen als bisher.

Trotz der schwierigen Haushaltslage wird der städtische Kita-Ausbau weiter vorangetrieben. Bis Ende 2022 werden in allen Freiburger Kindertageseinrichtungen mehr als 800 Plätze neu geschaffen.

## **Schulkindbetreuung**

Mit dem Konzept der Schulkindbetreuung hat Freiburg in den vergangenen Jahren bundesweit Furore gemacht. Qualität und Quantität dieses Angebots sind weithin einmalig. Ein pädagogisch hochwertiges Bildungsangebot mit rund 5.300 Plätzen ergänzt die schulische Bildung und sichert zudem die Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Mit Beginn des Schuljahres 2020/21 ist der Auf- und Ausbau der Schulkindbetreuung in allen 30 Freiburger Grundschulen abgeschlossen. Damit sind wir gut gerüstet für den 2025 zu erwartenden Rechtsanspruch.

Im Doppelhaushalt 2021/2022 werden die städtischen Aufwendungen hierfür für beide Jahre zusammen bei rund **26 Millionen Euro** liegen. Das heißt, dass trotz des Engagements des Landes die Hauptlast bei uns liegt. Die finanziellen Möglichkeiten der Stadt sind damit ausgeschöpft. In den kommenden beiden Jahren werden wir den aktuellen Stand bei der Betreuung in den Grundschulen daher **nicht** ausbauen können. Nach sechs Jahren müssen wir auch erstmals die Elternbeiträge um 7 Prozent anheben, um das Angebot im Status Quo beibehalten zu können. Die Beitragsübernahme für finanzschwache Familien ist aber nach wie vor gesichert.

Meine Damen und Herren,

Sie sehen also: Schulen, Kitas und Betreuung sind weiterhin eine bedeutende Größe im Doppelhaushalt. Tempo und Umfänge der vergangenen Jahre können wir aber leider nicht erhöhen. Dennoch arbeiten wir ein großes Arbeitspaket ab und können unser hohes Niveau bei der Betreuung in Kitas und Schulen halten.

### **c) Digitalisierung**

Die Corona- Krise hat deutlich gezeigt, dass wir dringend eine verbesserte digitale Infrastruktur benötigen. Von den Schulen habe ich ja bereits gesprochen.

Unsere Digitalisierungsstrategie „freiburg.digital.gestalten – nachhaltig und gemeinwohlorientiert“ ist dabei unser Leitfaden. Auch bei dem unendlich weiten Feld der Digitalisierung ist in den nächsten Jahren eine **klare Fokussierung und Priorisierung** wichtiger denn je.

Für die nächsten Jahre sind erhebliche Ausbauprogramme für **Breitband, Glasfaser und Mobilfunk** angekündigt. Zur digitalen Infrastruktur zählt auch der Aufbau einer **Datenplattform** – dies wird in den nächsten Jahren eine zentrale Aufgabe werden: Und zwar für alle Ämter der Stadt. Daten schützen und Daten nutzen, darum geht es

und dazu soll ein solcher urbaner Datenraum aufgebaut werden. Ich bin sehr dankbar, dass diese komplexe Aufgabe in das Förderprogramm des Bundes „smart cities-Modellprojekte“ aufgenommen wurde. Wir erhalten rund **8,3 Millionen Euro** über 5 Jahre und müssen einen Eigenanteil von **4,5 Millionen Euro** erbringen. Es ist ganz klar: Ohne diese Förderung könnten wir das Projekt finanziell nicht stemmen.

Für vieles, was an Notwendigkeiten besteht, sind Anpassungen in der Verwaltung nötig: Digitale Verbesserungen fallen nicht einfach vom Himmel. Es braucht auch eine **nachhaltige Modernisierung der Verwaltung**. Wie wichtig die Ausstattung der Verwaltung ist, hat sich jetzt in der Corona-Zeit gezeigt. Es konnte sehr kurzfristig sichergestellt werden, dass möglichst viele Beschäftigte von zu Hause aus arbeiten können. Aber nicht nur für die innere Organisation, vor allem für einen modernen Bürgerservice ist es unabdingbar, dass wir Prozessabläufe digitalisieren.

Das IT-Budget der Stadt wird sich über beide Jahre auf **34 Millionen Euro** nahezu verdoppeln. Darin sind die Eigenanteile für das geförderte Smart-City-Modellprojekt enthalten und ebenso die größeren Beträge für Schulen. Insgesamt bildet der Betrag trotz der deutlichen Ausweitung vor allem technische Notwendigkeiten bei Ausstattung und Software ab. Es handelt sich dabei aber insbesondere um Pflichtaufgaben und weniger um Kür oder Leuchtturmprojekte.

#### **d) Klima- und Artenschutz sowie nachhaltige Mobilität**

Der vierte und letzte Schwerpunkt dieses Doppelhaushalts ist der Klima- und Artenschutz einschließlich nachhaltiger Mobilität. Denn: Wir haben nicht nur eine Coronakrise, sondern vor allem auch eine Klimakrise.

Konkrete Maßnahmen gegen den Klimawandel haben wir bereits 2019 im **Freiburger Klima- und Artenschutzmanifest** beschlossen. Dieser Maßnahmenkatalog umfasst 20 Projektvorschläge, von denen sich nun viele im Entwurf des Doppelhaushaltes wiederfinden. Als Beispiele seien hier nur der Masterplan Wärmewende, die Potentialstudie Tiefengeothermie oder die Aktualisierung der Biotopverbundkonzepte genannt.

Parallel hierzu können wir maßgebliche Klimaschutzmaßnahmen aus der **Konzessionsabgabe** der badenova finanzieren. Nachdem wir in den vergangenen Jahren den Anteil für diesen Klimaschutzfonds von 25 auf 33 Prozent erhöht haben, verwenden wir seit diesem Jahr 50 Prozent der Konzessionsabgabe für zukunftsweisende Klimaprojekte. Dafür sind für den nächsten Doppelhaushalt über beide Jahre **11,7 Millionen Euro** eingeplant.

Mehr als die Hälfte der **Konzessionsabgabe** investieren wir jedoch in **Mobilität und** setzen mit **7 Millionen Euro** ein klares Ausrufezeichen.

Für **2,6 Millionen Euro** schaffen wir **neue Elektrobusse bei der VAG an**. Damit leisten wir einen signifikanten Beitrag zur CO<sub>2</sub>-Reduktion im Stadtverkehr. Und ein bedeutender Betrag ist für die Schaffung von **Ladeinfrastruktur** für E-Mobilität vorgesehen, beispielsweise für die ASF und die FSB.

Wir nehmen in unseren Haushaltsentwurf auch explizit Anregungen aus dem **Fuß- und Radentscheid** auf und werden unsere Anstrengungen in dieser Hinsicht in den kommenden Jahren kontinuierlich intensivieren. Die Initiative Fuß- und Radentscheid ist insofern keineswegs gescheitert, auch wenn ein Bürgerentscheid aus rechtlichen Gründen nicht zulässig ist. Die größte Unterstützung aus dem Klimaschutzfonds ist für Radverkehrsanlagen vorgesehen, wie das Großprojekt Rad-Vorrang-Route FR3 und viele weitere Radverkehrsanlagen.

Das **Radinfrastrukturprojekt FR3** soll bis 2023 auf der Gesamtstrecke vom Pressehaus bis nach Zähringen fertig gestellt sein. Insgesamt sind in diesem Doppelhaushalt für beide Jahre **4 Millionen Euro** vorgesehen. Um das Projekt zu beenden, sind 2023 noch einmal 1 Million Euro an Investitionsmitteln notwendig. Das zeigt die riesige Dimension dieser Rad-Infrastruktur-Maßnahme.

Das gesamte Mobilitätspaket des GuT sieht für Investitionen in Mobilität, Ausbau und Sanierung der Infrastruktur ein Volumen von insgesamt **18 Millionen Euro** vor. Mein Kollege, Herr Bürgermeister Breiter, geht in seiner Rede im Anschluss auf die Details ein.

Bereits morgen werden Sie mit der Mobilitäts-Vorlage unter anderem über 17 Fuß- und Radverkehrsmaßnahmen für die nächsten zwei Jahre beraten – und hoffentlich dem Vorschlag für eine **Arbeitsgruppe Mobilität 2030** zustimmen. In der Vorlage wird deutlich, dass wir schon im laufenden Jahr 2020 durch Umschichtungen noch mehr Tempo gemacht haben. Damit liegt ein klarer **Investitions- und Finanzschwerpunkt auf dem Fuß- und Radverkehr**.

Und auch beim Ausbau des Öffentlichen Nahverkehrs geht es weiter voran: Für den **ZRF** wird 2021 eine Umlage von insgesamt 7,9 Millionen Euro ausbezahlt.

Im Frühjahr dieses Jahres haben wir das Programm zum **Stadtbahnausbau 2030** verabschiedet. Dafür sind für die Jahre 2021/2022 bereits knapp **1 Million Euro** an Planungsmitteln für die Stadtbahnen Littenweiler, St. Georgen und Stadtbahn Dietenbach vorgesehen. Baulich geht es dann im Jahr 2023 mit der Stadtbahn Littenweiler richtig los.

Unser eigenes städtisches Verkehrsunternehmen ist uns in den nächsten beiden Jahren rund **58 Millionen Euro wert**. Diese enorme Summe wird durch die volle Verlustübernahme innerhalb unserer Tochtergesellschaft Stadtwerke Freiburg GmbH als Konzernholding ausgeglichen.

Meine Damen und Herren, das **Gesamtpaket an Mobilitätsmaßnahmen** umfasst rund 85 Millionen Euro – eine sehr beachtliche Summe. Damit zeigen wir, dass wir trotz knapper Kassen unseren Weg hin zu mehr nachhaltiger und klimafreundlicher Mobilität kontinuierlich weiter gehen.

#### **4. Schluss**

##### **Notwendigkeit einer Strukturreform**

Meine sehr geehrten Damen und Herren, dass wir in diese Zukunftsfelder und politische Prioritäten trotz der schwierigen Rahmendaten investieren können, hat seinen Preis. Ein Preis ist dieser Haushaltsentwurf, mit dem bereits bestehende Beschlüsse revidiert werden, deren finanzielle



Auswirkungen wir so nicht im vorliegenden Entwurf abbilden können. Dazu werden Sie eine Drucksache der Kämmerei bekommen.

Mit der Nichtberücksichtigung der Tariferhöhungen haben wir zudem eine weitere Hypothek. Dadurch baut sich ein strukturelles Defizit auf, das wir durch dauerhafte Einsparungen abfangen müssen.

Ein weiterer Preis ist, dass wir auf einiges verzichten bzw. länger warten müssen. Das ist notwendig, um einen genehmigungsfähigen Haushalt zu erzielen. Ich weiß, dass z.B. viele enttäuscht sein werden, dass wir als Stadt keine neue Eishalle im Kernhaushalt finanzieren können. Oder, dass das lange diskutierte Außenbecken für das Westbad in den nächsten beiden Jahren in diesem Entwurf noch nicht realisiert werden kann.

Egal wie man es dreht und wendet, es fehlen im Ergebnishaushalt zirka 50 bis 70 Millionen Euro. Das sind 5 bis 7 Prozent des Gesamthaushalts, die wir aus eigener Kraft kaum selber erwirtschaften können. Eine Kreditaufnahme auf diesem enorm hohen Niveau können wir uns nicht dauerhaft leisten. Deshalb kommen wir an einem strikten Sparkurs in den nächsten Jahren nicht vorbei. Zugleich müssen wir unsere Verwaltungsstrukturen und Arbeitsprozesse optimieren und priorisieren. Auch das strukturelle Defizit unserer Stadtwerke mit steigenden Kosten für Betrieb und Unterhalt beim ÖPNV und bei den Bädern müssen wir kritisch betrachten. Dafür werden wir nächstes Frühjahr einen Strategietag mit Ihnen durchführen.

Wir müssen uns alle Stellschrauben anschauen, um die Einnahmesituation zu verbessern. Die Bundesförderung im Digitalbereich hat gezeigt, dass sich dies z.B. auch durch eine gute und gezielte Fördermittelakquise erzielen lässt. Diese müssen wir ausbauen und intensivieren, um damit unsere Spielräume wieder punktuell zu vergrößern.

Meine Damen, meine Herren,

ich sage es nochmals ganz deutlich: Die Ausgaben sind gestiegen, die Einnahmen gesunken. Das ist ein Missverhältnis, dem wir uns ehrlich stellen müssen.

Es besteht dringender Handlungsbedarf, um das offensichtlich bestehende strukturelle Haushaltsdefizit in den Griff zu bekommen. Ziel muss es sein, die dauerhafte Leistungsfähigkeit, insbesondere des Ergebnishaushaltes, zu sichern beziehungsweise wiederherzustellen. Wir müssen uns fragen, was sich die Stadt künftig leisten kann, leisten muss und leisten darf. Gleichzeitig gilt es, Spielräume für Themenfelder zu öffnen, in denen Zukunftsinvestitionen notwendig sind, um unsere Stadt und den Standort Freiburg strategisch weiterzuentwickeln.

Ein solcher Prozess lässt sich nicht im Rahmen der Aufstellung des jeweiligen Doppelhaushaltes umsetzen, sondern bedarf eines längerfristigen und tiefgreifenden Ansatzes. Nur durch einen fundierten und strukturell verankerten Prozess lassen sich die notwendigen Veränderungen angehen und managen.

Ein solcher Prozess wird nur dann erfolgreich sein, wenn zunächst eine politische Verständigung erfolgt, mit welchem Auftrag und Mandat eine solche Konsolidierung von statten gehen soll.

Die dabei auch anstehende Aufgabenkritik ist letztlich ein politischer Prozess. Zwar werden oftmals Aufgabenkritik und Prioritätensetzung gefordert, wenn es dann um konkrete Lösungsvorschläge geht, finden sich aber keine politischen Mehrheiten.

Mit diesem Prozess müssen wir bereits im Frühjahr 2021 starten. Wir schlagen Ihnen vor, mit der Verabschiedung des Haushaltes den Startschuss für diese notwendige Modernisierung, Restrukturierung und Konsolidierung zu geben.

Das wird kein leichter Weg, aber wir müssen ihn gehen und ich hoffe und vertraue dabei auf Ihre Unterstützung. Denn es ist eine gemeinsame Verantwortung, die wir dabei zusammen tragen. Es werden viele schmerzhaft Entscheidungen notwendig sein, um das strukturelle Defizit abzubauen. Die Diskussionen in den kommenden Wochen zum vorliegenden Haushalt werden uns einen Vorgeschmack darauf geben, was in den kommenden Jahren noch vor uns liegt.

Sehr geehrte Stadträtinnen und Stadträte,

Sie werden nun in den nächsten vier Monaten ausreichend Zeit haben, unsere aktuellen Vorschläge für den Doppelhaushalt 2021/2022 zu diskutieren. Mit dem heutigen Tag geht auch die Plattform zum Beteiligungshaushalt online, auf der dann Bürgerinnen und Bürger im Januar diskutieren können. Über die Vorschläge der Bürgerschaft werden Sie in den Haushaltsberatungen entscheiden.

Ich hoffe sehr, dass wir diesen schwierigen Doppelhaushalt als Grundlage unserer Stadtpolitik bis zum 27. April gemeinsam beschließen. Ich weiß, dass vieles nachdenklich macht und schwer fällt. Aber es ist unsere Pflicht, Verantwortung in der Krise zu demonstrieren, indem wir unsere Ansprüche an diese Zeit mit all ihren Begrenzungen anpassen.

Abschließend möchte ich mich bei Herrn Ersten Bürgermeister von Kirchbach, Frau Bürgermeisterin Stuchlik, Herrn Bürgermeister Prof. Dr. Haag sowie dem AK Finanzen für die intensive Arbeit herzlich bedanken. **Ein besonderes Dankeschön** gilt meinem Kollegen Finanzbürgermeister Breiter, der gemeinsam mit seinem Team um Herrn Nußbaumer, Frau Müller, Frau Schonhard und Herrn Schaber enormes Engagement zeigte. Und ebenso auch einen großen Dank an das Team um mich herum im Dezernat I. Die vergangenen Wochen und Monate waren ein gemeinsamer Kraftakt: Danke für all die konstruktive Unterstützung.

Mein besonderer Dank gilt Herrn Hurst – allgemein und insbesondere für seine Arbeit im AK Finanzen. Es war nicht absehbar, dass am Ende einer so langen und herausragenden Tätigkeit nochmals ein solcher Kraftakt nötig sein wird. Ohne Ihre und die Erfahrung von Herrn Nußbaumer hätten wir einen solch schwierigen Balanceakt kaum geschafft. Herzlichen Dank, lieber Adrian Hurst!

Meine Damen und Herren, liebe Mitglieder des Gemeinderates, ich freue mich auf die weitere Zusammenarbeit mit Ihnen sowie konstruktive Diskussionen.

Ich übergebe nun an Finanzbürgermeister Breiter.

Vielen Dank.

**Stefan Breiter**



Finanzbürgermeister

## Haushaltsrede

07. Dezember 2020



# Agenda

1. Einleitung
2. Situation Bund / Land / Kommune
3. Eckwerte: Doppelhaushalt
  - a) Ergebnishaushalt
  - b) Investitionshaushalt
4. Leistungsfähigkeit
5. Situation Konzern Stadt
6. Herausforderungen / Gestaltungsspielraum
7. Schluss



## 1. Einleitung

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Horn,  
meine sehr geehrten Damen und Herren,

*„14 Damen und Herren treffen sich an einem Samstag zu einer Arbeitssitzung und haben Kontakt mit einer später positiv getesteten, lieben Kollegin. Wer wird infiziert? Jener Bürgermeisterkollege, der nicht mit dabei war – zumindest körperlich – er war per Video zugeschaltet. Alle anderen blieben negativ, was ja eigentlich sehr positiv ist !!!“*

Welch ein schönes Beispiel für dieses verrückte Coronajahr und die Herausforderungen an uns alle.

Wie soll man denn einen Haushalt vernünftig planen, wenn sich ständig die Zahlen und Rahmenbedingungen ändern?

Wenn die prognostizierten Einnahmen wegbrechen, die Aufwendungen steigen, dann wieder aufgefangen werden durch Hilfsprogramme des Bundes und des Landes und kaum haben sich die Infektionszahlen durch drastische Beschränkungen wieder verringert, schießen die Infektionszahlen durch die Decke, sind weit höher als in der 1. Phase. Wieder werden u.a. Gaststätten, Hotels geschlossen, vielseitige Einschränkungen unseres gesellschaftlichen Lebens verordnet und wieder spiegeln die Zahlen der Steuerschätzungen ein Bild, das mit mehr Fragezeichen als Ausrufezeichen versehen ist.

Da heißt es natürlich nicht : „Augen zu und durch“ sondern „Augen ganz weit auf und das Umfeld genau im Blick behalten“.

Das haben wir im Jahr 2020 gemacht, haben ruhig und entschlossen reagiert, haben an der beschlossenen und begonnenen Investitionstätigkeit so weit wie möglich und verantwortbar festgehalten, haben diese nicht vorschnell gestoppt, nicht das falsche Signal gerade an unsere regionale Wirtschaft gesendet. Ein mutiger Schritt zu einem Zeitpunkt, in dem nicht wenige Städte durch Sperren die Haushalte absicherten, zu

einem Zeitpunkt, in dem die Stabilisierungsmaßnahmen des Bundes und des Landes zwar angekündigt, aber noch lange nicht beschlossene Sache waren.

Und wir haben ruhig und besonnen einen mutigen, verantwortbaren, zukunftsorientierten aber vor allem ehrlichen Doppelhaushalt vorbereitet. Und, Oberbürgermeister Horn hat es in seiner Rede mehrfach betont, wir bringen heute einen Doppelhaushalt ein, der nur durch harte Einschnitte und Maßnahmen, der nur durch klare Priorisierung und Fokussierung auf unsere Hauptthemenfelder Wohnen, Schule und KiTas, Digitalisierung, Klimaschutz und nachhaltige Mobilität darstellbar und genehmigungsfähig werden konnte.

Die Leistungsfähigkeit einer Stadt, eines Haushaltes, lässt sich relativ schnell auf wenige Kennzahlen reduzieren – und die kommunalpolitischen Profis unter Ihnen wissen diese Werte auch politisch einzuschätzen und zu bewerten.

	2021	2022
<b>Ordentliches Ergebnis</b>	-15 Mio. €	-13 Mio. €
<b>Sonderergebnis</b>	7 Mio. €	4 Mio. €
<b>Zahlungsmittelüberschuss</b>	25 Mio. €	6 Mio. €
<b>Investitionstätigkeit</b>	128 Mio. €	101 Mio. €

Diese werden

<b>bei einem Finanzmittelbedarf von</b>	<b>52 Mio. €</b>	<b>71 Mio. €</b>
<b>durch Nettokreditaufnahme von</b>	45 Mio. €	45 Mio. €
<b>sowie Kassenentnahmen in Höhe von</b>	7 Mio. €	26 Mio. €

gedeckt und finanziert.

Bei vollem Ausschöpfen der Nettokreditaufnahmen von 90 Mio. € in beiden Haushaltsjahren würde der Schuldenstand im Kernhaushalt zum 31.12.2022 auf 348 Mio. € ansteigen.

Die Höchstbeträge der Kassenkredite werden auf jeweils 120 Mio. € pro Jahr festgesetzt. Die Steuersätze bleiben unverändert.

## **2. Situation Bund / Land / Kommune**

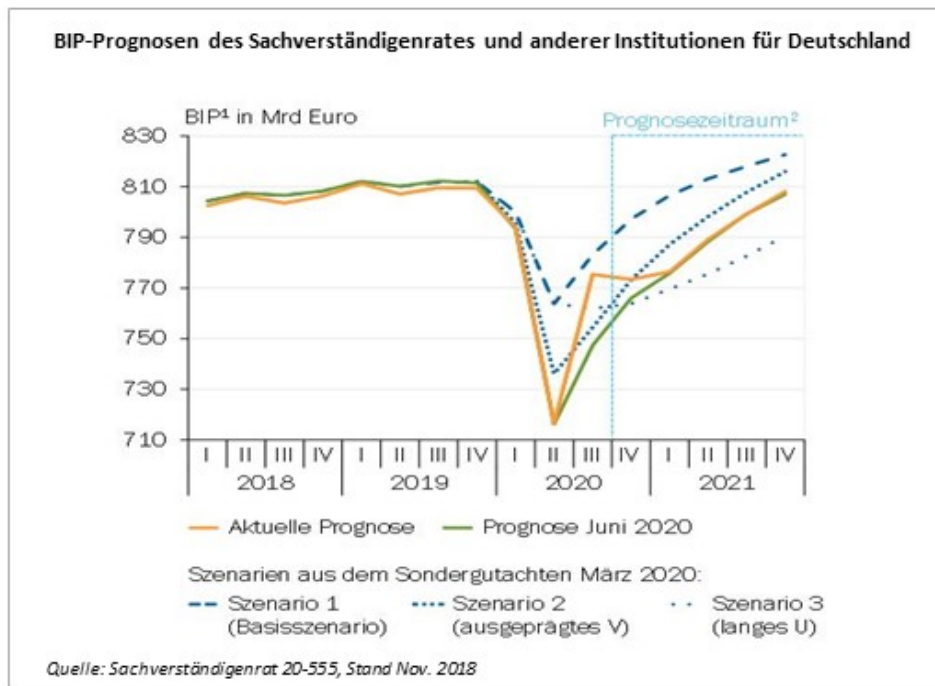
Der Prozess zur Aufstellung des DHH 2021/2022 war gekennzeichnet durch eine sehr dynamische Entwicklung aufgrund der Corona-Pandemie. Neben der turnusgemäßen Steuerschätzung im Mai 2020 hat es eine außerordentliche Steuerschätzung im September gegeben, welche die Basis für den vorliegenden Entwurf bildet. Diese hat - im Vergleich zum vorläufigen Ergebnis 2019 und den Ansätzen 2020 - geringere Einnahmen bei den wesentlichen Ertragsarten, den Schlüsselzuweisungen aus dem Kommunalen Finanzausgleich sowie dem Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer für 2021 prognostiziert.

Lagen die Gesamtsteuereinnahmen von Bund, Ländern und Kommunen in 2019 noch bei 799 Mrd. €, so wurden für 2020 nur noch insgesamt 718 Mrd. € und für 2021 rund 773 Mrd. € erwartet.

Mit der nun erfolgten November-Steuerschätzung wurden diese Ergebnisse dahingehend wieder angepasst. Bund, Länder und Kommunen können in den Jahren 2021 bis 2023 mit zusätzlich 11 Mrd. € rechnen.

Für Baden-Württemberg bedeutet dies dennoch, dass die Steuereinnahmen erst wieder im Jahr 2022 die Höhe der Steuereinnahmen vor der Krise erreichen werden.

Der Sachverständigenrat – mit Herrn Prof. Dr. Lars Feld an der Spitze - ging bei seiner letzten Prognose im Juni 2020 davon aus, dass die Wirtschaft in Deutschland und im Euro-Raum im Jahr 2020 in Folge der Corona-Pandemie deutlich um 6,5 bzw. 8,5 % schrumpfen wird. Nach einer Phase der langsamen Erholung sollte die Wirtschaft im Jahr 2021 dann wieder um 4,9 % wachsen. Diese Prognose wurde durch die November-Steuerschätzung erfreulicherweise korrigiert. Der Rückgang des Bruttoinlandsproduktes wird auf 5,1 % reduziert und entspricht in etwa dem Niveau der globalen Finanzkrise 2009. Und für das Jahr 2021 wird ein Wachstum von 3,7 % erwartet – dies selbstverständlich allerdings unter Vorbehalt.



Meine sehr geehrten Damen und Herren,

Sie sehen, die Prognosen zu den konjunkturellen Rahmenbedingungen wurden innerhalb eines Jahres dreimal erheblich angepasst und mussten durch uns bei der Aufstellung des Doppelhaushaltes jedes Mal von neuem bewertet und neu justiert werden. Keine Haushaltsplanung ist einfach und jede mit Ungewissheiten behaftet: Doch gilt dies für diesen Doppelhaushalt aufgrund der Corona-Pandemie in ganz besonderer Weise.

Es sind noch 23 Tage bis zum Jahresende. Unsere heimische Wirtschaft hat entgegen anfänglicher Befürchtungen mit Ausnahme einiger Bereiche das Krisenjahr 2020 bislang stabil bewältigt. Eine maßgebliche Unterstützung waren dabei sicherlich die sehr hohen Rettungspakete von Bund und Land sowie das Konjunktur- und Zukunftspaket des Bundes mit insgesamt 1,35 Billionen €: Eine unvorstellbare Zahl, die sich auf haushaltswirksame Maßnahmen wie den Wirtschaftsstabilisierungsfonds oder das Kurzarbeitergeld sowie auf Garantien mit 825 Mrd. € aufteilt.

Was hätte man mit 1,35 Billionen € Gutes tun können, für Bildung, soziale Gerechtigkeit, Klimaschutz und für nachhaltige Mobilität, meine Damen und Herren.

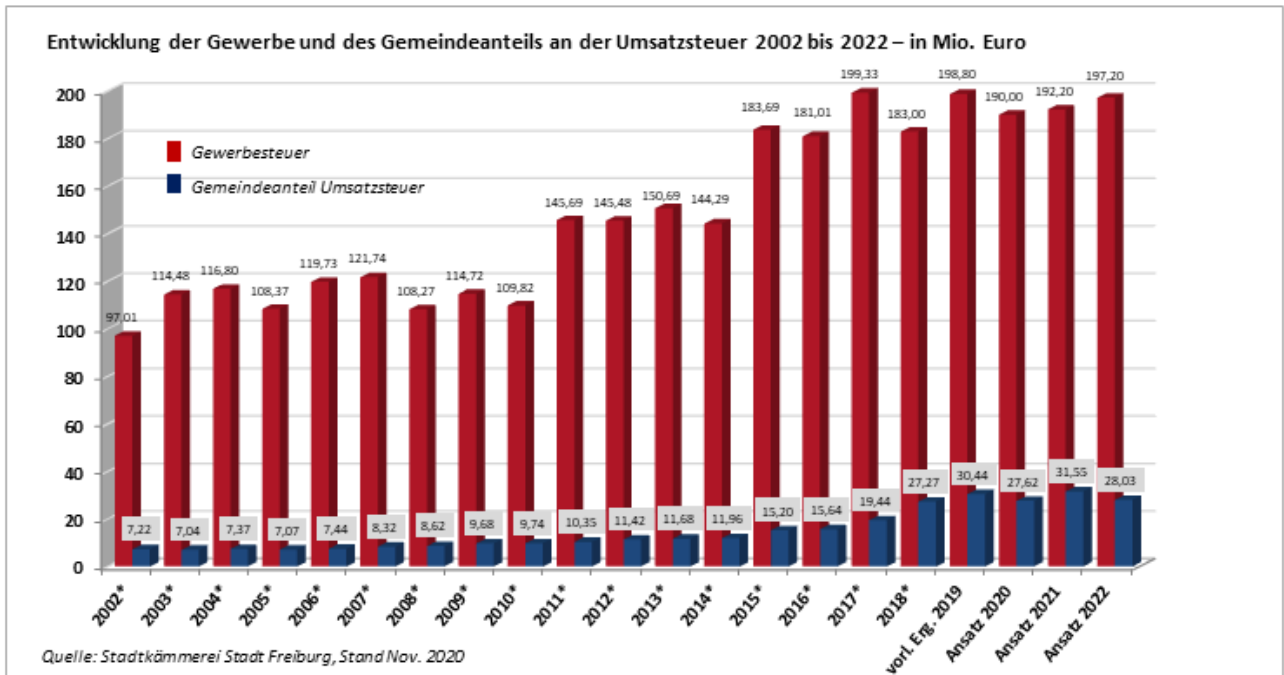
Die Folgen der Corona-Pandemie werden die Kommunen in vielerlei Hinsicht noch eine geraume Zeit belasten – gesellschaftlich, organisatorisch und auch gerade mit Blick auf die Kommunalfinanzen. Unbestritten waren die großen Hilfspakete durch Bund und Land im Jahr 2020 sehr wertvoll für die Städte und Gemeinden. So konnte in Freiburg ein Nachtragshaushalt vermieden werden und es ist uns aufgrund der Hilfen - insbesondere durch die Kompensation der Steuerausfälle im Finanzausgleich und bei der Gewerbesteuer, der Verlängerung des Kurzarbeitergeldes, der Absenkung der Mehrwertsteuer von 19 auf 16 % bis zum Jahresende, dem ÖPNV-Rettungsschirm - gelungen, unsere Aufgaben zu erfüllen.

Allerdings werden die Hilfen - mit Ausnahme der Erhöhung des Bundesanteils bei den Kosten der Unterkunft - für die kommunalen Haushalte nicht über 2020 hinaus reichen. Hingegen werden viele Folgen der Corona-Pandemie erst 2021 oder 2022 zu Buche schlagen, etwa Ausfälle bei Gewerbe- und Einkommensteuer oder auch die Auswirkungen der Krise auf die Sozialsysteme.

Die Finanzhilfen hatten stets ein Ziel: die öffentliche Hand muss in die Lage versetzt werden, die notwendigen Investitionen fortzusetzen.

Im 2. Finanzbericht zeigen wir auf, dass in 2020 -114,72 Mio. € in Investitionen, darüber hinaus 29,27 Mio. € für die Bauunterhaltung im Hoch- und Tiefbau ausgegeben werden. Die städtischen Beteiligungen haben in gleichem Zeitraum 240 Mio. € investiert. Das Ziel der Bundes- und Landesregierung wurde erreicht und wir dürfen selbstbewusst behaupten, dass die Stadt Freiburg in dieser schwierigen Zeit die heimische Wirtschaft maßgeblich unterstützt und gestärkt hat. Und dies werden wir auch mit dem Ihnen vorliegenden Haushaltsentwurf mit einem kraftvollen Investitionspaket von 228 Mio. € fortsetzen.

Und dennoch müssen wir ein scharfes Auge auf unsere Gewerbesteuereinnahmen haben. Denn wir haben natürlich zur Kenntnis genommen, dass die Einbrüche der Gewerbesteuer bei anderen Städten deutlich größer waren. Bundesweit um 23,8 %. Das Gewerbesteueraufkommen wird im Jahr 2021 nur zu 89 % das Niveau des Jahres 2019 erreichen.



Aktuell zeigen sich unsere Gewerbesteuerzahler sehr Corona resistent. Wir nehmen diese Widerstandskraft auf in unsere Bewertung und Annahme und veranschlagen einen Ansatz der Gewerbesteuereinnahmen von 192,2 Mio. € in 2021 und 197,2 Mio. € in 2022.

Doch wir dürfen uns auch in Zukunft nicht ausruhen. Mit der Aufstellung des Flächennutzungsplanes 2040 und dem darin enthaltenen Gewerbeflächenentwicklungskonzept, dem Erwerb einer 16 ha großen Teilfläche der Firma Cerdia und den laufenden Grundstücksvergaben im Gewerbegebiet Haid tragen wir aktiv zur Stärkung unserer Wirtschaft, der Schaffung neuer Arbeitsplätze, der Stabilisierung der Gewerbesteuereinnahmen und der Kaufkraft bei.

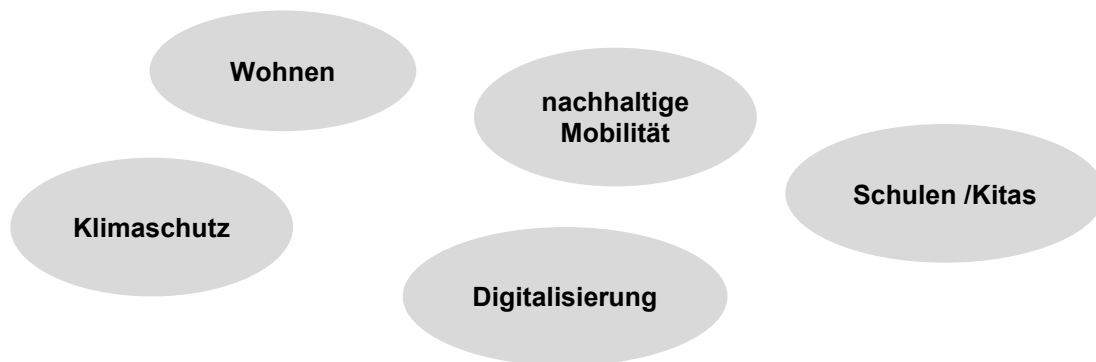
Was heißt das nun konkret für den Ergebnishaushalt und den Finanzhaushalt?

### 3. Eckwerte: Doppelhaushalt

Der Prozess zur Aufstellung des Doppelhaushaltes war – wie bereits von Herrn Oberbürgermeister Horn ausgeführt – ein sehr intensiver und in der Sache ein oftmals hart umkämpfter Weg. Es mussten viele große Steine weggeräumt werden,

was nur Hand in Hand und mit einem gemeinsamen Willen machbar war. Kaum waren Steine beseitigt kamen neue Einflüsse wie die bereits erwähnten Steuerschätzungen, die uns zum Neu- und Umdenken gezwungen haben, hinzu.

Wir haben viele Mittelanmeldungen der Ämter im Ergebnis und im Finanzhaushalt kritisch hinterfragt, die Notwendigkeiten und Bedarfe in Cluster gefasst, wenn möglich Synergien aufgezeigt und einer gesamtstädtischen Bewertung unterzogen. Dieser Prozess war notwendig, da alle Mittelanmeldungen für sich gesehen fachlich begründbar, aber aufgrund der begrenzten Finanzmittel nicht zeitgleich realisierbar sind. Vielmehr war es wichtig, dezernatsübergreifend die Projekte miteinander zu vernetzen, um die von Herrn Oberbürgermeister Horn bereits benannten Schwerpunkte als Gesamtpaket schnüren zu können.



### **a) Ergebnishaushalt**

Im Ergebnishaushalt sind alle Erträge und Aufwendungen enthalten, die insbesondere in den Bereich Soziales, Jugend, Kultur, Sport sowie allen andern Teilhaushalten gesetzlich oder freiwillig geleistet werden. Dazu gehört aber auch die Bauunterhaltung, das Sachmittelbudget für die Schulen, die Personalkosten für die rd. 4.120 Mitarbeitenden sowie typische Verwaltungsleistungen wie sie bei den rd. täglich 1.000 Kontakten im Bürgerservicezentrum oder im Beratungszentrum Bauen angeboten werden. All diese Leistungen umfassen rd. 1,1 Mrd. €/Jahr.



	2019 Ergebnis in Mio. EUR	2020 Ansatz in Mio. EUR	2021 Ansatz in Mio. EUR	2022 Ansatz in Mio. EUR
<b>Erträge</b>	1.024	1.036	1.054	1.078
<b>Aufwendungen</b>	997	1.030	1.069	1.091

## Was sind die Säulen?

Der Ergebnishaushalt wird im Wesentlichen getragen

- zu 22 % von den Schlüsselzuweisungen
- zu 40 % von den kommunalen Steuern und den Gemeindeanteilen an der Einkommen- und Umsatzsteuer
- zu 22 % von den Erstattungen von Bund und Land .

In Summe handelt es sich also um 84 % der Erträge, die nicht von uns unmittelbar beeinflussbar sind.

Bei den Erstattungen möchte ich insbesondere die Erhöhung des Anteils des Bundes bei den Kosten der Unterkunft von 50 % auf 75,6 % hervorheben. Die KdU-Erhöhung war eine jahrelange Forderung der Kommunalen Spitzenverbände. Dass diese Forderung nun erfüllt wurde, war alles andere als eine Selbstverständlichkeit. Gut, dass wir kraftvoll in den Fachausschüssen des Deutschen Städtetages vertreten sind. An dieser Stelle gilt unserem Ersten Bürgermeister Ulrich von Kirchbach unser besonderer Dank, der unermüdlich dafür gekämpft hat. Damit erwarten wir eine Entlastung von rund 34,5 Mio. € in 2021 und 33,7 Mio. € in 2022, dies entspricht einer jährlichen Steigerung von rund 11 Mio. €. Dauerhaft!

Die Schlüsselzuweisungen von 243 Mio. € in 2021 und 239 Mio. € in 2022 werden durch den Haushaltserlass des Landes festgesetzt. Und liegen in Summe um 56 Mio. € niedriger in beiden Haushaltsjahren als der Ansatz in 2020, meine Damen und Herren. Um 56 Mio. €!

<b>2019 Ergebnis</b> in Mio. EUR	<b>2020 Ansatz</b> in Mio. EUR	<b>2021 Ansatz</b> in Mio. EUR	<b>2022 Ansatz</b> in Mio. EUR	
	257	269	243	239

Die Abhängigkeit vom Land ist hoch und zeigt auch die Schwachstelle, in der wir uns befinden. Gemeinsam mit anderen Städten sind wir auf allen politischen Ebenen in Gesprächen, um hier die Bedarfe der Kommunen aufzuzeigen und darzulegen, dass jeder finanzielle Einschnitt Folgewirkungen auf die Wirtschaft, die Infrastruktur wie Schulen, Kitas oder die kommunalen Unternehmen haben wird. Wir brauchen die Schlüsselzuweisungen des Landes in einer verlässlichen Höhe, um Planungssicherheit zu haben und mittelfristige Projekte auf den Weg bringen zu können. Wir dürfen uns nicht alle zwei Jahre die Frage stellen müssen, ob die Erträge ausreichen, um unsere laufenden Ausgaben finanzieren zu können.

Ganz maßgeblich ist hierbei die Bedarfsmesszahl im FAG, die ermittelt wird in dem die Einwohnerzahl mit einem Kopfbetrag vervielfacht wird. Eine ganz wichtige Stellenschraube im Finanzausgleich des Landes mit den Städten und Gemeinden. Wir fordern gemeinsam mit dem Städtetag, vor und nach der Landtagswahl am 14.03.2021, dass von der positiven November-Steuerschätzung und den vom Land im Rahmen des Nachtragshaushaltes 2020 gebildeten Rückstellung von 2 Mrd. € eine Erhöhung des Kopfbetrages nicht nur in 2021 sondern auch in 2022 erfolgen muss. So haben wir einen noch auszuhandelnden Kompensationsbetrag in Höhe von 7,5 Mio. € pro Jahr auf der Ertragsseite veranschlagt. Wir brauchen im Ergebnishaushalt mehr Erträge, um im Finanzhaushalt dauerhaft aus eigener Kraft Investitionen finanzieren zu können.

Zumal es auf der Bundesebene die ersten politischen Rufe danach gibt, dass sich die Länder an künftigen Hilfspaketen des Bundes beteiligen sollen!

## Was sind die wichtigsten Kennzahlen?

Für Sie, verehrte Damen und Herren, ist der städtische Haushalt Ihr Werkzeugkasten für Ihre politische Arbeit. Mit seinen 864 Seiten und den darin enthaltenen 230 Produkten ist er vergleichbar mit unserem 5.200 Hektar großen städtischen Forst, in dem man sich verweilen aber vor lauter Bäumen auch verlaufen kann.



Ich möchte Ihren Blick deshalb – wie zu Beginn meiner Rede - auf die wesentlichen Kennzahlen lenken.

Das sind im Ergebnishaushalt das ordentliche Ergebnis, das Sonderergebnis sowie der Zahlungsmittelüberschuss.

	2019 Ergebnis in Mio. EUR	2020 Ansatz in Mio. EUR	2021 Ansatz in Mio. EUR	2022 Ansatz in Mio. EUR
<b>Ordentliches Ergebnis</b>	28	7	-15	-13
<b>Sonderergebnis</b>	14	13	7	4
<b>Gesamtergebnis</b>	43	20	-8	-9
<b>Zahlungsmittel- überschuss</b>	70	45	25	6

Das ordentliche Ergebnis ist leicht erklärt. Übersteigen die Erträge die Aufwendungen ist die Welt in Ordnung. Je höher das ordentliche Ergebnis ist, umso besser - denn umso leichter werden die politischen Zielsetzungen erreichbar sein.

Wir planen mit einem negativen ordentlichen Ergebnis in zweitstelliger Höhe und verbessern dieses geringfügig um 7 Mio. € und 4 Mio. € in 2021 und 2022 durch außerordentliche Erträge zu einem Gesamtergebnis von -8 Mio. € in 2021 bzw. -9 Mio. € in 2022. Das bedeutet, dass wir unsere Aufwendungen nicht durch entsprechende Erträge decken können. Und was ganz wichtig im Hinblick auf einen nachhaltigen Ressourcenverbrauch ist: Wir erwirtschaften unsere Abschreibungen nur noch zu 63 bzw. 68 %. Damit zehren wir Werte in entsprechender Höhe (26 und 28 Mio. €) auf, die wir in den vergangenen Jahren mit guten Ergebnissen erwirtschaftet hatten. Sie erinnern sich an die Worte unseres Oberbürgermeisters? Die Auswirkungen der Corona-Pandemie werden in den Folgejahren spürbar werden.

<b>2019 Ergebnis</b> in Mio. EUR	<b>2020 Ansatz</b> in Mio. EUR	<b>2021 Ansatz</b> in Mio. EUR	<b>2022 Ansatz</b> in Mio. EUR
44,5	41,7	41,5	40,7
100%	100%	63%	68%

Um im Finanzhaushalt möglichst viel für Investitionen zur Verfügung zu haben, ist es sehr wichtig, einen möglichst hohen Zahlungsmittelüberschuss zu erreichen. Hierzu werden aus dem Gesamtergebnis die nicht liquiden Posten wie Abschreibungen oder Auflösung von Rückstellungen dem Gesamtergebnis hinzugerechnet.

Sie sind es gewohnt, dass der Zahlungsmittelüberschuss bei durchschnittlich 62 Mio. € je Haushaltsjahr liegt. Morgen werden Sie im 2. Finanzbericht 64,24 Mio. € Zahlungsmittelüberschuss feststellen dürfen.

Doch für die kommenden Haushaltsjahre müssen wir uns an andere Zahlen gewöhnen, denn der Zahlungsmittelüberschuss liegt im Planansatz nur bei 25 bzw. 6 Mio. €.

Wobei korrekterweise darauf hingewiesen werden muss, dass der Zahlungsmittelüberschuss 2022 im Vergleich zum Jahr 2021 um rund 20 Mio. € niedriger liegt. Beachten Sie bitte, dass es sich hierbei um einen Sondereffekt handelt, der die Bildung einer Rückstellung von 20 Mio. € durch die Systematik des FAG aufgrund der Gewerbesteuerkompensationszahlung in 2020 erfordert.

Aber dennoch schaffen wir, was nicht allen Städten in diesen Zeiten gelingt: Nämlich einen positiven Zahlungsmittelüberschuss von insgesamt 31 Mio. €. Das ist aber nicht als Eigenlob zu verstehen: Denn wie schon gesagt, in normalen Jahren sind wir weit darüber. Zum Vergleich in den Jahren 2015 bis 2019 noch durchschnittlich 62 Mio. €/Jahr.

Meine Damen und Herren,

ich sage es hier in aller Deutlichkeit und danke für Ihre besondere Aufmerksamkeit:

Trotz aller Einsparungen oder Einnahmeverbesserungen wie

- Kürzungen im Sachmittelbudget um 3 %
- der Einplanung eines Globalen Minderaufwandes von jährlich 9 Mio. €
- die Nichtberücksichtigung der Tarifsteigerungen in 2021 und 2022
- die schmerzhafteste Deckelung der neuen Stellen auf das absolute Mindestmaß von 165 VZÄ in beiden Jahren
- die drastische Reduzierung der allgemeinen Bauunterhaltung im Bereich Hochbau auf jährlich 11 Mio. €
- der Annahmen von keinen neuen Zuschüssen
- von optimistischen Annahmen bei den Sozial-, Jugendhilfe- und Asylbewerberleistungen
- mit deutlichen Kürzungen der Zuschüsse an die städtischen Beteiligungen.
- optimistischen Annahmen bei den Steuern und Zuweisungen aus dem kommunalen Finanzausgleich
- der Aufnahme eines noch auszuhandelnden Kompensationsbetrages durch Bund und Land in Höhe von 7,5 Mio. € pro Jahr auf der Ertragsseite

ist es nicht möglich gewesen, eine „schwarze Null“ zu erzielen. Wir haben bewusst auf eine pauschale Reduzierung der Zuschüsse oder eine Erhöhung der Hebesätze bei den kommunalen Steuern verzichtet, da wir um die wertvolle Arbeit der Zuschussempfänger in und für unsere Stadtgesellschaft wissen und eine Hebesatzanhebung in diesen, für viele Menschen nicht einfachen Zeiten, politisch das völlig falsche Signal gewesen wäre.

Vor dem Dilemma einer „schwarzen Null“ stehen viele Städte in Baden-Württemberg. Das ist der Landesregierung natürlich bewusst und hat deshalb den Regierungspräsidenten für die Beurteilung der kommunalen Haushalte einen Spielraum eingeräumt, den wir in dieser pandemiebedingten Sondersituation dankend aufgenommen haben.

	<b>2019 Ergebnis</b> in Mio. EUR	<b>2020 Ansatz</b> in Mio. EUR	<b>2021 Ansatz</b> in Mio. EUR	<b>2022 Ansatz</b> in Mio. EUR
<b>Ordentliches Ergebnis</b>	28	7	-15	-13
<b>Sonderergebnis</b>	14	13	7	4
<b>Gesamtergebnis</b>	43	20	-8	-9
<b>Zahlungsmittelüberschuss</b>	70	45	25	6

Anhand der dargestellten Kennzahlen sehen Sie, dass wir trotz der schwierigen Rahmenvorgaben mit einem negativen ordentlichen Ergebnis einen positiven Zahlungsmittelüberschuss erwirtschaften können, welcher quasi der Eigenanteil für unsere Investitionen ist.

Die Einsparungen, die dafür notwendig waren, sind enorm und bedürfen einer sehr restriktiven und verantwortungsvollen Haushaltsführung. Es ist zwingend erforderlich zurückhaltend zu agieren und auf Sicht zu fahren. Mit dem 1. Finanzbericht 2021 und den Zahlen der Mai-Steuerschätzung 2021 werden ggf. Anpassungen und Gegensteuerungsmaßnahmen vorzunehmen sein.

## **b) Investitionshaushalt**

Der Investitionshaushalt ist unser Auftragsbuch, in dem vor allem die Baumaßnahmen im Hoch- und Tiefbau, aber auch die Mittel für eine aktive Liegenschaftspolitik enthalten sind. In vielen Klausuren haben Herr Oberbürgermeister Horn, Herr Erster Bürgermeister von Kirchbach, Frau Bürgermeisterin Stuchlik, Herr Bürgermeister Prof. Dr. Haag und ich uns auf der Grundlage der Vorarbeiten der Stadtkämmerei und des AK Finanzen alle Mittelanmeldungen angesehen. Aufgrund der angespannten Haushaltssituation haben wir diese Mittelanmeldungen in Zeiträume priorisiert und gemeinsam festgelegt, dass nur Maßnahmen der Priorität 1 und den Zeitraum

2021 – 2024 eine realistische Umsetzungschance haben können. In einem sehr ambitionierten Prozess haben wir die fachliche Notwendigkeit erörtert, die politische Dimension diskutiert und dann gemeinsam eine Gesamtbewertung vorgenommen. Den Gemeinderat haben wir über unsere Schritte und den jeweiligen Zwischenstand informiert. Dabei hieß es nicht Sport gegen Kultur oder Schulen gegen Bürgerhäuser. Es ging einzig um die Sache und die dringendsten Bedarfe - zur Entwicklung unserer Stadt.

Freiburg ist eine wachsende Stadt und als Schwarmstadt beliebt bei allen Bevölkerungsgruppen und Nationalitäten: Jungen, Älteren, Berufstätige, sich in Ausbildung oder im Ruhestand befindenden. Dafür brauchen wir eine komplexe kommunale Infrastruktur, Schulen, Kita-Plätze, Arbeitsplätze, Digitalisierung und vor allem preiswerten Wohnraum.

Die 10 größten Einzel- Projekte in den beiden kommenden Jahren sind:

- die Erweiterung/ Sanierung der Anne-Frank-Schule
- die Digitalisierung unserer Schulen und der Verwaltung
- die Sanierung Adolf-Reichwein-Schule
- die Fortsetzung der Gesamtsanierung Augustinermuseum
- das Hochwasserrückhaltebecken Günterstal (Bohrer)
- Sanierungsverfahren wie z. B. Sanierung Knopfhäusle-Siedlung
- das Rettungszentrum mit Gebäuderiegel in der Eschholzstraße
- die Sanierung Haus der Jugend
- der Ausbau der Radverkehrsanlagen
- die Erweiterung und Sanierung der Loretto Schule

Wir sind trotz der sehr schwierigen Rahmenbedingungen und mithilfe der mit der Rechtsaufsicht im Vorfeld abgestimmten Netto-Kreditermächtigung von jährlich 45 Mio. € in der Lage, wichtige Investitionen von jährlich über 100 Mio. € tätigen zu können. Das ist für unsere Wirtschaft, das Handwerk und die Arbeitnehmer\_innen ein starkes Signal mitten in der Corona-Pandemie. Wir verlangen aber auch unseren eigenen Mitarbeitenden viel ab, der Leistungsdruck ist hoch insbesondere, wenn Einsparvorgaben zu erwirtschaften sind und nicht alle erforderlichen Stellen besetzt und finanziert werden können.



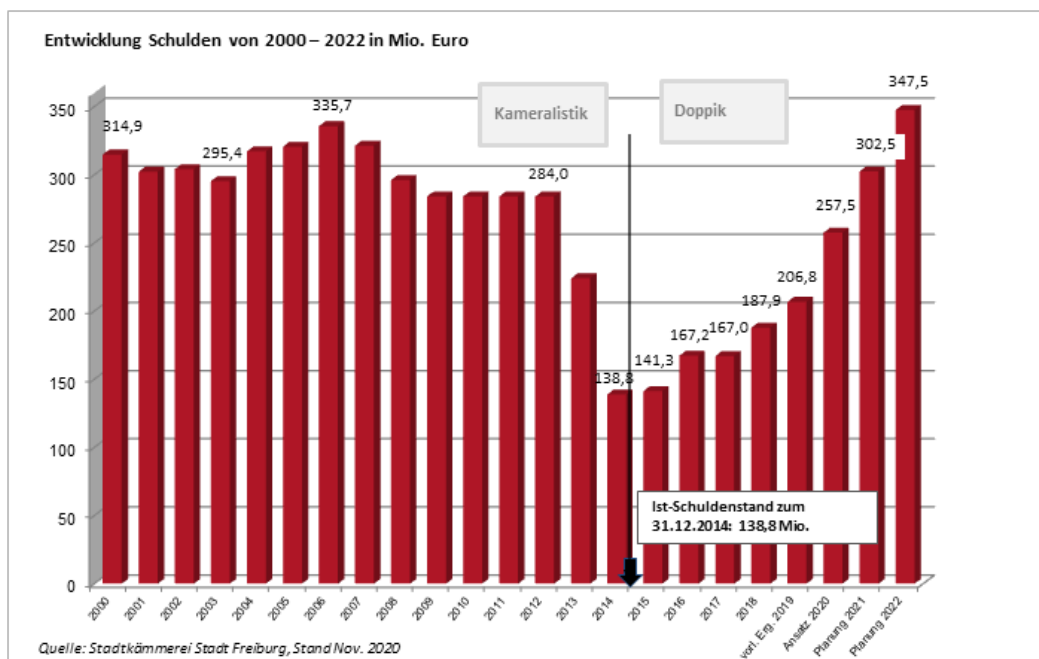
Wir werden uns zukünftig noch konsequenter um Fördermöglichkeiten auf allen Ebenen Land / Bund und EU kümmern müssen und ordnen diese wichtige Aufgabe der Stelle Nachhaltigkeitsmanagement zu.

Auch haben wir entschieden, dass wir neben der Frage nach Standards auch über ein gezieltes Baukostencontrolling die Gesamtbudgets noch mehr in den Blick nehmen und Einsparungen generieren müssen.

Vor lauter Rettungs- und Hilfspaketen, die alle richtig und wichtig sind, dürfen wir – und das sage ich ausdrücklich mit Blick auf unsere Jugend – nicht außer Acht lassen, dass Bund, Land und wir entgegen unserer bisherigen Absicht Schulden aufnehmen müssen, die in den nächsten 20-30 Jahren abzubezahlen sind und die Handlungsspielräume der folgenden Generationen einschränken werden. Wir werden auch im nächsten Doppelhaushalt 2023/2024 unser Ziel der Nullschuldenpolitik mit großer Wahrscheinlichkeit nicht erreichen. So ehrlich wollen wir heute schon sein.

Wir werden aber konsequent in einen Konsolidierungsprozess einsteigen – der Oberbürgermeister hat es in seiner Rede angekündigt – um die strukturellen Defizite, die ausufernden Personalkostensteigerungen, die Standards am Bau, aber auch unsere freiwilligen Aufgaben unter die Lupe nehmen.

Wie bei der Corona-Pandemie muss und wird unsere Maßgabe „flattening the curve“ sein.



Und als Sportdezernent hoffe ich auch, dass wir in den kommenden Jahren den Sport und vor allem den Breitensport mit seinen rd. 90.000 Mitgliedern wieder stärker berücksichtigen können. Die Sportstätteninfrastruktur ist sehr in die Jahre gekommen und bedarf aus unserer Sicht eines speziellen Sportstätten-Förderprogramms. Dafür werde ich mich politisch auf Landes- und Bundesebene einbringen. Auch werden wir uns in den nächsten Monaten zur Entwicklung der Sportachse Ost, zu den Überlegungen der FT 1844 e.V., zur Zukunft eines neuen Eisstadions und zu den Ergebnissen des Sportentwicklungsplanes austauschen und Strategien entwerfen.

#### **4. Leistungsfähigkeit**

Das wohl meist genannte Wort in diesen Tagen heißt „Impfstoff“. Für den Haushalt und für die Finanzen wird es keinen wirksamen Impfstoff geben. Unsere Widerstandskraft heißt „Leistungsfähigkeit“. Damit beurteilt das Regierungspräsidium die Eckwerte und Kennzahlen unseres Doppelhaushaltes. Die kommunale Selbstverwaltung ist ein sehr hohes demokratisches Gut, dass uns Frei- und Gestaltungsspielräume bei der Erwirtschaftung und Verwendung unserer Finanzmittel, vor allem aber für unsere politische Zielsetzung bietet.

Rückblickend haben wir aber unseren Gestaltungsspielraum eher zu groß bewertet und wir haben es uns ermöglicht, Maßnahmen wie z.B. die Sanierung des Augustinermuseums mit Unterstützung großzügiger Spenden aus der Bürgerschaft und mit erheblichen Zuschussmitteln zu verwirklichen. Solche Möglichkeiten werden wir mittelfristig nicht mehr bzw. nicht mehr in diesem Umfang zur Verfügung haben. Durch die bestehenden Beschlussfassungen zum Stadtbahnausbauprogramm 2030, der Realisierung des Konzeptes FSB 2030, der Sanierung und dem Neubau der Staudingerschule für über 110 Mio. € (im Eigenbetrieb), den SEM Dietenbach und Kleinschholz hat der Gemeinderat starke politische Signale gesetzt. Wir haben durch diese Beschlüsse Maßnahmen mit einem hohem Finanzbedarf vor uns, die über Jahrzehnte finanziert und stetig mit Mitteln aus dem städtischen Haushalt bedient werden müssen.

Wir in Freiburg sind – im Gegensatz zu vielen Kommunen in NRW – bisher in der Lage gewesen, ohne Kassenkredite auszukommen. Das ist auch gut so und so soll es auch in Zukunft bleiben. Alle Maßnahmen, die wir im Finanzhaushalt eingestellt haben, müssen bis an ihr Laufzeitende durchfinanziert und im jeweiligen Doppelhaushalt abgebildet sein. Nur dann können wir generationengerecht und transparent wirtschaften. Das Regierungspräsidium hat uns in mehreren Gesprächen signalisiert, dass wir diese Erwartung erfüllen können. In der pandemiebedingten Sondersituation 2021/2022 wird eine Nettokreditaufnahme in der jetzt vorgesehenen Höhe für möglich erachtet, wenn die sonstigen Rahmenbedingungen im Haushalt erfüllt sind. Dafür muss das Gesamtpaket aus den bereits genannten Kennzahlen passen und in sich stimmig sein. Evtl. Verbesserungen innerhalb der kommenden Jahre sind zwingend zur Verwendung für Projekte aus bestehenden Beschlüssen zu verwenden. Der städtische Haushalt muss in der Lage sein, seine Aufgaben dauerhaft zu erfüllen.

Was wir uns nicht leisten können, ist ein Leben über dem Limit. So wie wir uns aus Solidarität mit den Risikogruppen den Einschränkungen in unserer Lebensqualität unterwerfen, so müssen wir uns mit bedacht und Sparsamkeit unseren finanziellen Mitteln widmen. Die Standards, die wir dabei anlegen, sind aus fachlicher Sicht wichtig, um z. B. das Ziel der Klimaneutralität zu erreichen. Deshalb ist es von Bedeutung, dass wir die Zusammenhänge unserer Maßnahmen deutlicher erkennen und verbinden. Klimaschutz und nachhaltige Mobilität sind z.B. kein Gegensatz und stehen nicht in Konkurrenz.

Die Mittel aus der Konzessionsabgabe haben wir deshalb ganz bewusst geclustert und mit folgenden Maßnahmen der nachhaltigen Mobilität verbunden:

- 2,6 Mio. € an die VAG (für E-Busse)
- 10 Mio. € an die Stadtwerke (zzgl. rd. 12,9 Mio. € im Ergebnishaushalt)
- 2,5 Mio. € an den ZRF (zzgl. rd. 5,4 Mio. € im Ergebnishaushalt)
- 4,8 Mio. € für Radverkehrsanlagen (u.a. Ausbau FR 3)
- 1,3 Mio. € für den Ausbau Park&Ride-Plätze

## 5. Situation Konzern

Die enge Verbundenheit zwischen der Stadt und ihren Töchtern, also den städtischen Gesellschaften und Eigenbetrieben, wurde mit der Corona-Pandemie noch mehr verdeutlicht. Plötzlich gab es keine Veranstaltungen mehr auf der Messe, die Sicherstellung des ÖPNV durch die VAG trotz Einbruch der Fahrgastzahlen um teilweise 85 %, die fehlenden Arbeitsgelegenheiten in den geschlossenen städtischen Museen für Mitarbeitende der f.q.b gGmbH oder das auf und ab bei den Bädern. Erst die Schließung am 14.03.2020, dann die Öffnung einiger Freibäder im Juli, dann die Öffnung einiger Hallenbäder im Oktober, dann wieder die Schließung der Bäder ab 02.11. und nun stehen wir wieder vor der Öffnung aller Voraussicht frühestens im Januar 2021.

Dieses auf und ab und hin und her macht eine verlässliche Planung des Personaleinsatzes und der Leistungserbringung sehr schwierig. Der Einsatz von Kurzarbeitergeld wurde deshalb frühzeitig geprüft und wo möglich auch entsprechende Betriebsvereinbarungen abgeschlossen. Dadurch konnte, wie im 2. Finanzbericht 2020 auch ausgeführt, die durch die Corona-Pandemie erhöhte Verlustabdeckung abgedeckt werden. Die Vorstände, Geschäftsführer\_innen und Eigenbetriebsleiter\_innen, aber vor allem auch die rd. 3.350 Mitarbeitenden in unseren Gesellschaften haben in den letzten Monaten Unglaubliches geleistet und ich möchte mich an dieser Stelle ausdrücklich bei allen für den Teamgeist und den Zusammenhalt bedanken. Die neben den Unsicherheiten am Arbeitsplatz und den Einschränkungen im Privatbereich wie Schließung von Kitas und Schulen, Quarantäne von Familienangehörigen, der Pflege von Angehörigen da waren, wann sie gebraucht wurden. Ob als Bus- oder Straßenbahnfahrer\_in, als Bademeister\_in, als Reinigungskraft auf der Messe oder, oder, oder.

Sie beschließen aktuell als Mitglieder in den Aufsichtsräten der Gesellschaften die Wirtschaftspläne für die kommenden Jahre und kennen die betriebswirtschaftlichen Zahlen. Gemeinsam mit Ihnen werden wir uns die Bereiche VAG / Stadtwerke und Bäder – wie von Herrn Oberbürgermeister Horn schon genannt – in einem Strategietag genauer ansehen.

Wir richten in den städtischen Töchtern den Blick nach Vorne und nutzen die Erkenntnisse aus der Pandemie für die zukünftigen Herausforderungen. Dabei müssen wir auch kritische Betrachtungen vornehmen wie: Wie sind Groß- und Massenveranstaltungen künftig planbar? Welche Ressourcen werden fix und variabel benötigt? Welche neuen Formate müssen wir entwickeln und konzipieren? Wie können und müssen wir auf das geänderte Kundenverhalten z.B. in den Bädern reagieren?

Dazu werden Sie in der Sondersitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 19.01.2021 mit der Beratung zum Beteiligungsbericht 2020 ausführliche Informationen von den Vorständen sowie den Geschäftsführerinnen und Geschäftsführern erhalten.

Im städtischen Haushalt sind für die Jahre 2021/2022 zur Verlustabdeckung bzw. als Kapitaleinlagen oder Zuschüsse Finanzmittel von insgesamt 96,5 Mio. € eingestellt.

- Der FSB-Verbund erhält zur Umsetzung der Konzeption FSB 2030 5,0 Mio. € Kapitaleinlage. Darüber hinaus sind in der ersten Hälfte des 10-Jahres-Programms 16,7 Mio. € an Grundstückübertragungen für Metzgergrün und weitere 8,5 Mio. EUR perspektivische Unterstützungen geplant.
- Die Verlustabdeckung der FWTM / Messe OTG beträgt insgesamt rd. 18 Mio. €.
- Die Stadtwerke erhalten jährlich 5 Mio. € Kapitaleinlagen und darüber hinaus Verlustabdeckungen von insgesamt rd. 13 Mio. €, zusätzlich zu den vorgezogenen 8,0 Mio. € aus 2020 (2. Finanzbericht).
- Der Eigenbetrieb Neubau Verwaltungszentrum und Staudinger Gesamtschule erhält über 4 Jahre jährlich 5 Mio. € als Vorfinanzierung für den Neubau, anschließend wird die Finanzierung des Investitionskredites über Miete aus dem städtischen Haushalt bezahlt. Dies schlägt sich dann im Ergebnishaushalt nieder.

Das Controlling der städtischen Gesellschaften im Rahmen der Beteiligungsverwaltung wird ein Schwerpunkt im Doppelhaushalt 2021/2022 sein. Dabei werden wir uns die steuerrechtlichen Beziehungen und Optimierungen ansehen, Strategien zur Ver-

besserung der finanziellen Ausstattung entwickeln und das Thema Fördermittel von Bund / Land / Dritten verstärkt angehen. Wir dürfen aber auch nicht in die Förderfalle tappen, da die Stadt oder ihre Gesellschaften immer einen Eigenanteil zu bringen und die Betriebskosten über Jahre oder Jahrzehnte hin zu finanzieren hat.

Stw. Verbund, FWTM Verbund, FSB Verbund, fqb gGmbH, ASF, badenova	2019	2020	2021	2022
<b>Beschäftigte mit Auszubildenden</b>	3.340	3.330	3.380	---
<b>Investitionen</b>	182 Mio. €	240 Mio. €	219 Mio. €	171 Mio. €
<b>Instandhaltungen</b>	63 Mio. €	64 Mio. €	63 Mio. €	65 Mio. €
<b>Umsätze</b>	1.407 Mio. € (IST)	1.280 Mio. € (Plan)	1.372 Mio. €	1.432 Mio. €
<b>Schuldenstand</b>	669 Mio. € <sup>1</sup>	814 Mio. €	880 Mio. €	925 Mio. €
	517 Mio. € <sup>2</sup>	642 Mio. €	676 Mio. €	713 Mio. €

<sup>1</sup> Schuldenstand mit 100 % bn

<sup>2</sup> Schuldenstand bn quotal

## 6. Herausforderungen / Gestaltungsspielraum

Sie haben bereits viele Informationen zu den Inhalten des Doppelhaushaltes erhalten und auch zu den Grenzen des Machbaren.

Heute haben Sie die Drucksache G-20/262 „Änderung von bestehenden Gemeinderatsbeschlüssen“ erhalten. In dieser Drucksache haben wir Ihnen die wesentlichen Maßnahmen aufgeführt, zu denen es einen Gremienbeschluss gibt, aber eine Aufnahme der Maßnahmen / des Projektes in den Doppelhaushalt 2021/2022 aufgrund der Prioritätensetzung nicht möglich bzw. nur in Teilen finanziell darstellbar war. Im Rahmen der anstehenden Beratungen zum Doppelhaushalt wird der Gemeinderat zu diesen Vorschlägen eine politische Entscheidung treffen. Ich möchte an dieser Stelle bewusst betonen, dass wir alle fachlich hinter den darin genannten Maßnahmen stehen, aber in der Gesamtabwägung zum Einsatz der zur Verfügung stehenden Mittel leider keine Realisierung im Doppelhaushalt 2021/2022 vorschlagen konnten.

Des Weiteren erhalten Sie heute sieben haushaltsrelevante Drucksachen (ohne Beiträge Klimaschutzmittel aus Konzessionsabgabe) mit einem Volumen von rund 9 Mio. €. Darin sind Maßnahmen genannt, zu denen es auch entsprechende Ansätze im Doppelhaushalt 2021/2022 gibt, die fachlich so umgesetzt werden können, aber zu welchen auch politisch andere Prioritäten gesetzt werden könnten.

Wir nehmen mit, dass ein großer politischer Gestaltungswille für die kommenden Jahre besteht und wir uns auf ein weiteres Wachstum der Stadtgesellschaft einstellen und die notwendigen Rahmenbedingungen gemeinsam mit Ihnen definieren möchten. Dafür brauchen Sie von der Verwaltung fachliche Konzepte und konkrete Vorschläge zu Maßnahmen und Projekten, die durchfinanziert sein müssen. In den letzten Monaten der Pandemie haben wir alle gelernt, dass Unvorstellbares plötzlich möglich ist, die Welt in ihren Sorgen und Nöten enger zusammenrückt und mit viel Geld die Wirtschaft stabilisiert werden kann. Trotz all dieser Hilfsprogramme und dem Zusammenrücken müssen wir aber auch nüchtern zur Kenntnis nehmen, dass wir uns als Kommune nur das leisten können, was wir auch größtmöglich aus eigener Kraft erwirtschaften können. Und unsere kommunalen Steuern sind endlich und bewegen sich bei den Hebesätzen auf einem hohen Niveau.

Diesen Gestaltungsspielraum müssen wir uns bewahren und auch mit Blick auf die künftigen Generationen. Es geht nicht um größer, höher, weiter sondern um das Wesentliche und um die maßvolle und gemeinsame Gestaltung unserer Stadtgesellschaft.

## **7. Schluss**

Die vergangenen Monate waren äußerst arbeitsreich und wir befinden uns nach wie vor mitten in der Pandemie und im Krisenmodus. Von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern wurde einiges abverlangt. Ich bin persönlich sehr stolz auf die Leistungsbereitschaft über alle Dezernate hinweg. Und Sie als Gemeinderat dürfen ebenfalls sehr stolz auf Ihre Verwaltung sein. Die Vorbereitung und Aufstellung ist die Aufgabe des Finanzdezernates, bei weitem aber kein Soloprojekt. Von den einzelnen Dezernaten wurde vieles abverlangt. Ich möchte mich heute ganz besonders bei meinen Bürgermeisterkollegen und der Bürgermeisterkollegin für die tolle Zusammenarbeit in



den letzten Monaten bedanken. Wir haben alle Opfer gebracht aber starken Teamgeist gezeigt.

Mein besonderer Dank gilt heute am Tag der Haushaltseinbringung dem Team der Stadtkämmerei – allen voran Bernd Nußbaumer, Karin Müller, Patrick Schaber, Michaela Schmidt, Simone Tritschler, Patrick Volk aber auch meiner Büroleiterin Elisabeth Schonhard. Uns war es wichtig, den Gemeinderat immer frühzeitig mit Wasserstandsmeldungen zu den wirtschaftlichen Auswirkungen der Pandemie zu versorgen. Die Aufarbeitung der Zahlen, die vielen Wochenendklausuren der Dezernenten, die dezernatsinternen Abstimmungen, die Zwischenberichte – dies alles lief nebenher zur Produktion der Haushaltsplanung und den sonstigen Projekten.

Ich danke für die Aufmerksamkeit und wünsche Ihnen heute am Tag nach Nikolaus ein schönes, besinnliches Weihnachtsfest und einen guten Start in die neuen Haushaltsjahre 2021 und 2022. Bitte bleiben Sie gesund!

**Stadt Freiburg i.Br.**

Rathausplatz 2-4  
79098 Freiburg  
[www.freiburg.de](http://www.freiburg.de)

**Impressum**

Hausgeberin: Stadt Freiburg im Breisgau | Rathausplatz 2-4 | 79098 Freiburg  
Vertreten durch den Oberbürgermeister Martin W. W. Horn  
Redaktion: Persönliches Referat des Oberbürgermeisters | Stadtkämmerei  
Fotos: Stadt Freiburg | Patrick Seeger

07. Dezember 2020